

Bürgerdialog GesprächStoff Ressourcen 2019-2020

Deutsches Ressourceneffizienzprogramm
ProgRes III



Für Mensch & Umwelt



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Umwelt 
Bundesamt

Impressum

Herausgeber:

Umweltbundesamt
Fachgebiet I 1.1
Postfach 14 06
06813 Dessau-Roßlau
Tel: +49 340-2103-0
buergerservice@umweltbundesamt.de
Internet: www.umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt

 /umweltbundesamt

 /umweltbundesamt

Autoren:

Bianca Bendisch, Andreas Kleinsteuber
IKU_DIE DIALOGGESTALTER
Olpe 39
44135 Dortmund
Telefon: 0231 9311030
Internet: www.dialoggestalter.de

Redaktion:

Judit Kanthak (Umweltbundesamt)
Sabine Huck, Daniel Hanzlik, Silke Schmidt-Stegemann,
Regine Weise (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit)

Satz und Layout:

dot.blue communication & design
Hochstraße 74
45894 Gelsenkirchen

Druck:

XPrint Medienproduktion Aachen
gedruckt auf Recyclingpapier aus 100 % Altpapier

Bildquellen:

Titelseite: Hillnhütter Fotografie, Schifferstadt
Werkstatt Erfurt, S. 6, 10, 13, 24:
Andrea Ludwig Design, Erfurt
Werkstatt Hannover, S. 11, 34:
Photovision-DH, Hannover
Werkstatt Ludwigshafen, S. 7, 10, 14, 22, 35, 39:
Hillnhütter Fotografie,
Schifferstadt
Redaktionssitzung S. 16: IKU_Die Dialoggestalter
Übergabe Ministerin S. 17: Maik Schulze,
MIKA-fotographie, Berlin
Screenshot Abschlussveranstaltung S. 20:
IKU_DIE DIALOGGESTALTER

Stand: November 2020

Bürgerdialog GesprächStoff Ressourcen 2019-2020

Deutsches Ressourceneffizienzprogramm
ProgRess III



Inhalt

Einführung	6
-------------------------	----------



Der Bürgerdialog GesprächsStoff Ressourcen	8
Kurz & knapp: Ablauf des Bürgerdialogs	8
Daten & Fakten der Zufallsauswahl	9
Bürgerwerkstätten und Jugendwerkstatt	10
Onlinedialog	11
TOP 10 Bürgerempfehlungen	13
Feedback zum Bürgerdialog	14
Workshop Redaktion des Bürgerratschlags	16
Übergabe des Bürgerratschlags an die Ministerin	17
Bürgerumfrage zu ProgRess III	18
Bürgerratschlag in der Debatte	20
Bürgerdialog zeigt Wirkung	23



Ergebnisse des Bürgerdialoges	24
1. Nachhaltiges Verkehrssystem	25
2. Wege zur Ausbildung oder zur Arbeit	26
3. Ökodesign und Lebensdauer	27
4. Nutzen statt Besitzen	28
5. Vermeidung und Recycling von Abfällen	29
6. Recycling von Verpackungen beim Online-Handel	31
7. Rohstoffe umwelt- und sozialverträglich gewinnen	31
8. Transparenz entlang der Lieferkette	33
9. Bildung für Ressourceneffizienz	34
10. Nachhaltiges Bauen	36
11. Green Finance	37
12. Öffentliche Beschaffung	38



Einführung

Natürliche Ressourcen sind ein wesentlicher Produktionsfaktor und damit Grundlage für unseren Wohlstand. Zu den natürlichen Ressourcen gehören alle Bestandteile der Natur, z. B. Wasser, Boden, Luft, Lebewesen und nicht nachwachsende Rohstoffe wie Metalle oder Mineralien.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) führte im Jahr 2019 in der Konsultationsphase des Deutschen Ressourceneffizienzprogramms (ProgRess III) den Bürgerdialog „GesprächStoff Ressourcen“ durch und beteiligte bereits zum zweiten Mal Bürger*innen an diesem wichtigen Thema.

Doch zunächst: Was ist ProgRess? Dieses Programm der Bundesregierung enthält Maßnahmen für die Steigerung der Ressourceneffizienz entlang der Wertschöpfungskette, angefangen von der Rohstoffgewinnung über die Produktgestaltung, die Produktion, den Konsum bis hin zur Kreislaufwirtschaft.

Ressourceneffizienz meint das Verhältnis zwischen dem Nutzen und dem dafür benötigten Ressourceneinsatz. Das Ziel von ProgRess ist es, die Ressourceneffizienz zu steigern. Um das zu erreichen, muss entweder der Ressourceneinsatz für einen Nutzen geringer werden, zum Beispiel durch Einsparung von Rohstoffen in der Fertigung. Oder der Nutzen einer Ressource muss gesteigert werden, zum Beispiel durch eine längere Nutzungsdauer.

In ProgRess selbst ist festgelegt, das Programm kontinuierlich zu prüfen und weiter zu entwickeln. Hier setzt der Bürgerdialog mit 230 zufällig ausgewählten Bürger*innen an. Als Querschnitt der Gesellschaft trafen sie sich in zwei Bürgerwerkstätten und einer Jugendwerkstatt im Mai 2019 und prüften die Maßnahmenvorschläge von ProgRess III auf Fairness, Umsetzbarkeit im Alltag und politische Mehrheitsfähigkeit. Dabei immer im Fokus: die eigenen lebensweltlichen Erfahrungen der Bürger*innen. Das Ergebnis des Bürgerdialogs ist ein gemeinsamer

Bürgerratschlag zur Fortentwicklung von ProgRess aus Bürgersicht.

Die Bürger*innen haben sich mit einer sehr großen Bandbreite an Themen beschäftigt, weil das Programm viele Umweltbereiche verzahnt, darunter Themen wie Mobilität, Konsum, Abfall, Rohstoffgewinnung oder Bauen. Im Bürgerratschlag enthalten ist ein gemeinsames Bürger-Feedback zu diesen Fragen: Wie schätzen sie die gesellschaftliche Wirkung

der in ProgRess III angestrebten Maßnahmen ein? Ist in der Gesellschaft Rückenwind, Gegenwind oder eher Windstille zu erwarten? Und was müsste anders angepackt werden, damit die Ressourceneffizienz schneller und stärker steigt.

Mit dieser Broschüre möchten wir Ihnen in Teil A den Bürgerdialog und in Teil B seine Ergebnisse vorstellen. Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre!



A

A. Der Bürgerdialog GesprächStoff Ressourcen

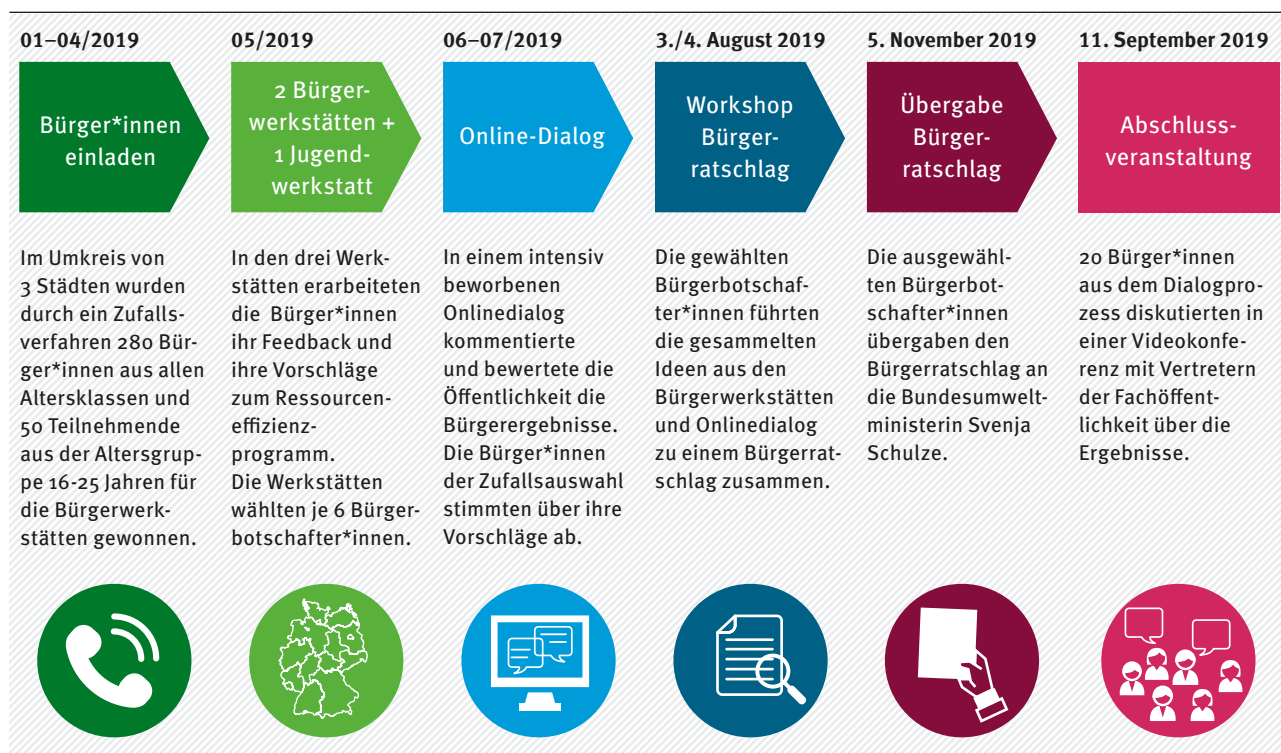
Kurz & knapp: Ablauf des Bürgerdialogs

Als Herzstück des Bürgerdialogs wurden drei Bürgerwerkstätten mit insgesamt 229 zufällig ausgewählten Bürger*innen durchgeführt. Die Werkstätten fanden jeweils eintägig in Erfurt am 4. Mai, in Hannover am 11. Mai und in Ludwigshafen am 18. Mai 2019 statt. Die Werkstatt in Hannover war eine Jugendwerkstatt.

Hieran haben ausschließlich Jugendliche und junge Erwachsene (16-25 Jahre) teilgenommen.

Die Werkstätten und die vorgeschaltete Zufallsauswahl lieferten die Basis für die weiteren Bausteine des Bürgerdialoges, die hier im Überblick zu sehen sind:

Ablauf des Bürgerdialoges



Quelle: eigene Darstellung, IKU_DIE DIALOGGESTALTER

Ziel der Bürgerwerkstätten war es, Feedback der Bürger*innen zu 12 Handlungssteckbriefen mit Vorschlägen und Überlegungen des BMU einzuholen. Dieses Feedback sollte zur Entwicklung von ProgRes III dienen. Die Handlungssteckbriefe deckten ein breites Themenspektrum ab, das von nachhaltigem Verkehr und Konsum über Bauen bis hin zur internationalen Rohstoffgewinnung reichte.

Im Rahmen der Werkstätten wurden am Ende jeweils sechs Bürgerbotschafter*innen (je drei Frauen und drei Männer) gewählt. Diese 18 Bürgerbotschafter*innen hatten die Aufgabe, alle Ergebnisse in einer „Redaktionssitzung“ zu einem „Bügerratschlag“ zu bündeln. Das Ziel: mit 12 Kernbotschaften zu den 12 Handlungssteckbriefen die wichtigsten Bürgerempfehlungen auf den Punkt zu bringen und an das BMU zu richten.

Daten & Fakten der Zufallsauswahl

Das sozialwissenschaftliche Institut BACES – Bamberger Centrum für Empirische Studien - an der Universität Bamberg hat die Bürger*innen durch eine Zufallsauswahl gewonnen. Diese wurde auf zwei verschiedenen Wegen umgesetzt:

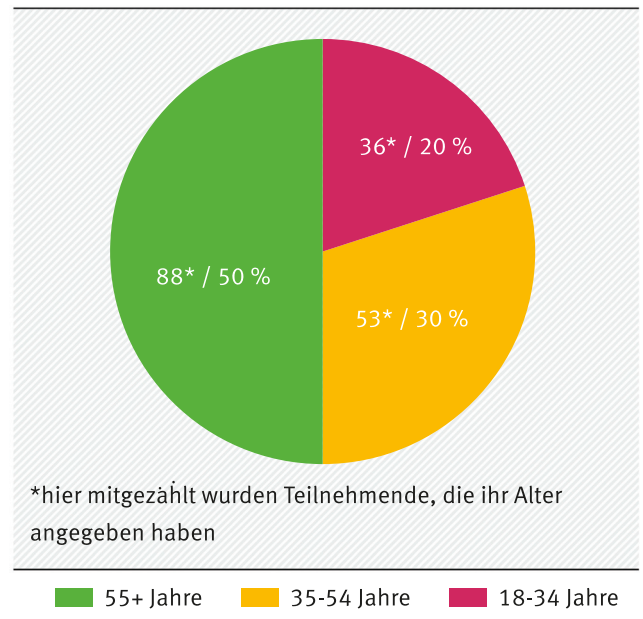
- 1) Telefonische Zufallsauswahl mit Festnetz- und Mobilfunknummern. Über 24.000 von einem Computer zufällig generierte Telefonnummern wurden angerufen, 720 Personen bekundeten Interesse mitzuwirken. Mit 161 haben sich 0,7 % (von 24.000 Angerufenen) bzw. 22 % (von 720 Interessenten) davon zur Bürgerwerkstatt angemeldet.
- 2) Eine Zufallsauswahl mit Postwurfsendungen an zufällig gezogene Stichproben aus den Einwohnermelderegistern – besonders für Bürger*innen im Alter bis 35 Jahren. Die Stichprobe umfasste 5.800 Adressen, mit 169 Zusagen haben sich knapp 3 % davon angemeldet.

In beiden Verfahrenswegen wurden soziodemographische Kriterien angelegt, um eine möglichst heterogene Zusammensetzung des Bürgerdialogs nach Geschlecht, Alter, Bildungsstand und Regionen im Umkreis der Veranstaltungsorte zu erreichen. Ziel war ein Querschnitt der Bevölkerung, nicht ein repräsentatives Abbild. Es sollten möglichst viele Blickwinkel aus Bürgersicht in den Dialog einfließen.

An den Bürgerwerkstätten in Erfurt, Hannover und Ludwigshafen haben von den 330 Angemeldeten insgesamt 229 Bürger*innen teilgenommen (Erfurt 94, Hannover 33, Ludwigshafen 102). Darunter waren 105 Frauen und 124 Männer.

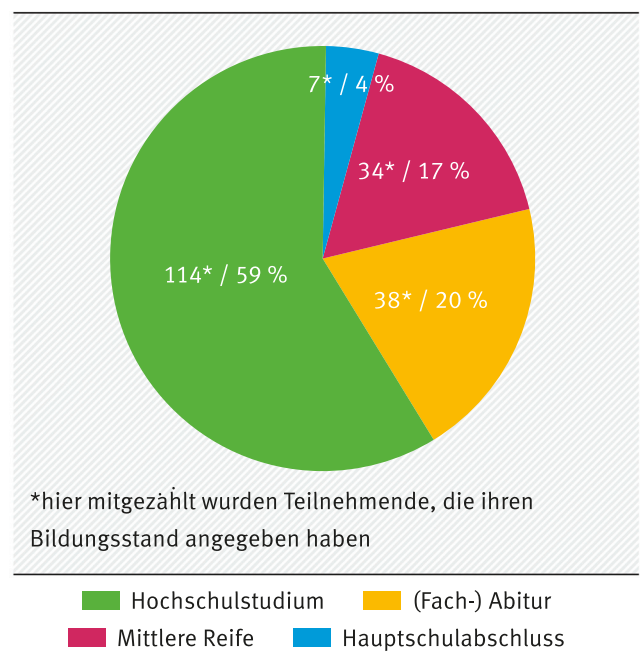
Bei der Jugendwerkstatt nahmen ausschließlich Bürger*innen im Alter von 16-25 Jahren teil. Die Altersverteilung für die beiden Bürgerwerkstätten in Erfurt und Ludwigshafen war breit gestreut, wie die folgende Grafik zeigt. Das ist ein Ergebnis der Ansprache über Registerstichproben der Einwohnermeldeämter.

Alter Teilnehmer*innen



Nicht alle haben ihr Alter und Bildungsstand angegeben, dadurch gibt es Abweichungen zur Gesamtzahl in den Werkstätten. Beim formellen Bildungsgrad gab es überproportional viele Personen mit Hochschulstudium. Das entspricht der wiederholten Erfahrung in Bürgerdialogen mit Zufallsauswahl. Dennoch zeigt die folgende Grafik, dass aus allen Bildungssegmenten Teilnehmende dabei waren und somit den gewünschten Querschnitt der Bevölkerung abbildeten.

Bildung Teilnehmer*innen





Gruppenarbeit Bürgerwerkstatt Ludwigshafen

Bürgerwerkstätten und Jugendwerkstatt

Ziel der Bürgerwerkstätten war es, Bürger-Feedback zu den 12 Handlungssteckbriefen mit Vorschlägen und Überlegungen des BMU zur Weiterentwicklung von ProgRes III zu erarbeiten. Das Feedback erfolgte entlang folgender Leitfragen:

- ▶ Wo entsteht gesellschaftlicher Rückenwind? (Bürger*innen sind dafür, machen mit und geben „Rückenwind“)
- ▶ Wo herrscht Windstille vor? (Bürger*innen wissen nichts davon oder wollen sich nicht damit beschäftigen, es wird eher „Windstille“ herrschen)
- ▶ Woher kommt Gegenwind? (Bürger*innen sind dagegen, befürchten Nachteile, es wird „Gegenwind“ geben)

Entlang dieser Fragen formulierten die Bürger*innen zu den Maßnahmenvorschlägen des BMU im Laufe des Tages Empfehlungen an die Bundesregierung. Darüber hinaus gab es auch einige Tischgruppen, die sich der Frage widmeten: „Was sollte die Bundesregierung bezogen auf die Maßnahmen nicht tun oder anders machen?“

Da ProgRes III eine sehr breite Themenpalette umfasst, gab es zu Beginn der Werkstätten eine ausgiebige Informationsphase. Über einen Film, einen plenaren Informationsinput und einen Info-Markt

mit vorbereitenden Infopostern erhielten die Bürger*innen Informationen rund um ProgRes, zu den zentralen Handlungsfeldern und zu den avisierten Maßnahmen und Überlegungen des BMU.

Die zentrale Arbeitsmethode waren kleine Tischgruppen, die in wechselnder Zusammensetzung ihr Feedback zu den insgesamt 12 Handlungssteckbriefen des BMU diskutierten und auf Doku-Postern festhielten. Ergebnis: 32 Bürgervorschläge zu den 12 Handlungssteckbriefen aus den drei Werkstätten (Im Teil B Ergebnisse stehen die Kurzfassungen der BMU-Maßnahmenvorschläge aus den Handlungssteckbriefen.

Die vollständigen Steckbriefe und die Ergebnisse des Feedbacks aus den Werkstätten befinden sich im Anhang des Bürgerratschlags „GesprächStoff Ressourcen“ – www.bmu.de/WS5210).

Im Rahmen der Werkstätten wurden am Ende jeweils sechs Bürgerbotschafter*innen (je drei Frauen und drei Männer) gewählt. Diese 18 Bürgerbotschafter*innen hatten die Aufgabe, alle Ergebnisse zu einem „Bürgerratschlag“ zu bündeln und bei einem Workshop auf Basis der Bürgerempfehlungen Kernbotschaften zu formulieren.



Bürgerwerkstatt in Erfurt – Infomarkt

Onlinedialog

Der Onlinedialog war mit seiner Webseite zugleich das Gesicht des Projektes für die Öffentlichkeit. Seine Webadresse lautete www.gespraechstoff-ressourcen.de. Vor den Werkstätten bot die Onlineseite weiterführende Informationen zum Thema Ressourceneffizienz, zum Projekt und zu ProgRes III. Nach den Werkstätten zeigten Fotogalerien Impressionen zur Arbeit der Bürger*innen. Ein kurzer Video-Zuschnitt aus den Werkstätten in Erfurt, Hannover und Ludwigshafen brachte in wenigen Minuten Ablauf, Ziele, die Motivationen und die Erlebnisse der Protagonisten zum Ausdruck. Die Webseite erlebte ihren Launch unmittelbar vor Start der Zufallsauswahl Ende Februar 2019.



Bürgerbotschafter aus Jugendwerkstatt Hannover

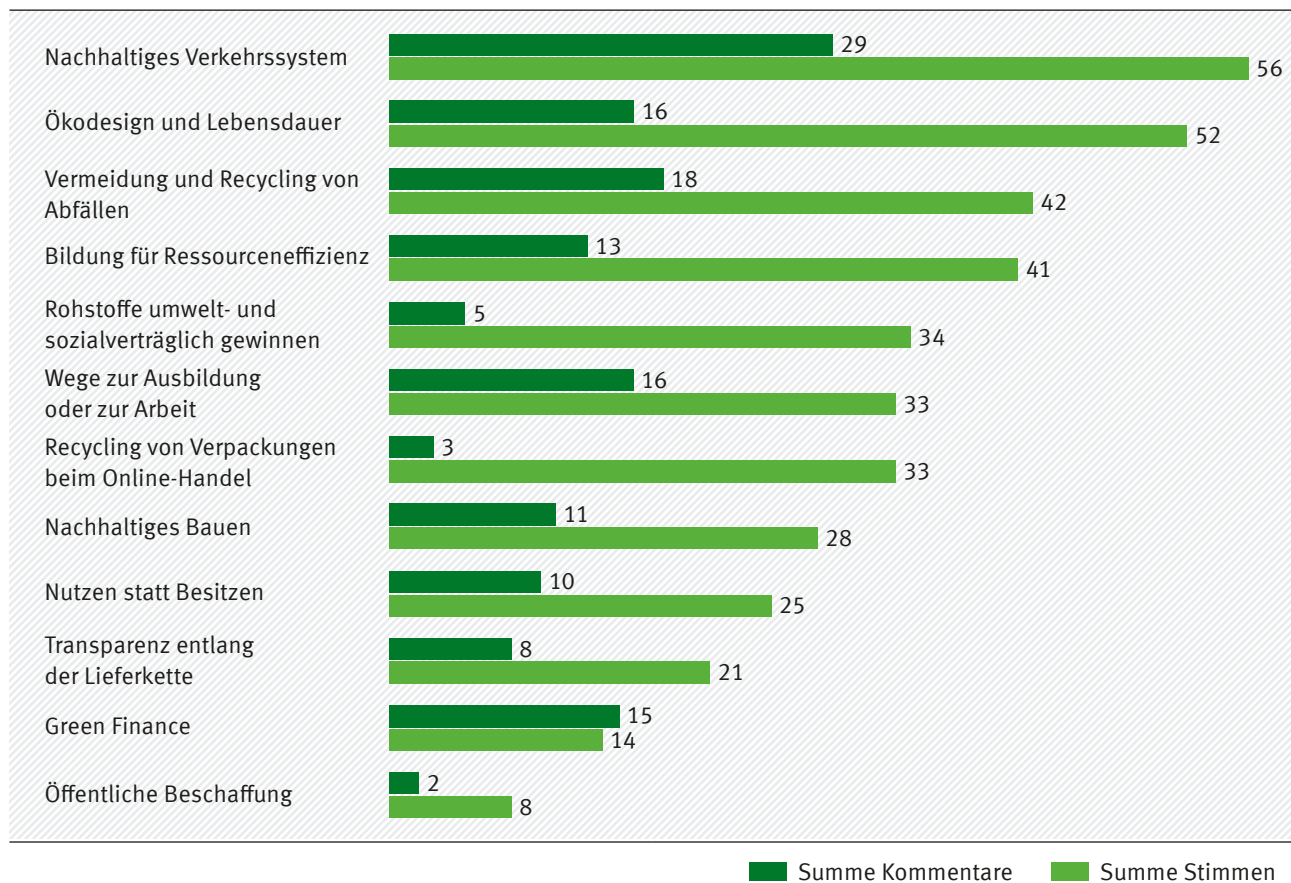
Der den Bürgerwerkstätten nachgeschaltete Onlinedialog vom 12. Juni bis 16. Juli 2019 bot der Öffentlichkeit und allen interessierten Bürger*innen Zugang zu den 12 Handlungssteckbriefen des BMU und allen 32 Bürgerempfehlungen aus den drei Werkstätten.

Zur Freischaltung der vollen Beteiligungsrechte musste sich jede*r Nutzer*in registrieren. Jede*r registrierte

Nutzer*in konnte die Maßnahmen kommentieren sowie die eingegangenen Kommentare bewerten („gefällt mir“ oder „gefällt mir nicht“). Außerdem konnten alle Nutzer*innen auswählen, welche fünf Bürgerempfehlungen ihnen am wichtigsten sind. Bis zum Ende des Onlinedialoges hatten sich 304 Teilnehmende registriert, darunter 229 von 230 Teilnehmenden aus den Bürgerwerkstätten in Erfurt, Hannover und Ludwigshafen. Die Kommentare und Stimmen sind sehr ungleich über die Handlungssteck-

briefe und Bürgerempfehlungen verteilt. Fasst man die Aktivitäten zu allen Bürgerempfehlungen unter dem jeweiligen Handlungssteckbrief zusammen, ergibt sich folgende Verteilung:

Handlungssteckbriefe nach Kommentaren



Die meisten Stimmen erhielt die Bürgerempfehlung zum Handlungssteckbrief „Nachhaltiges Verkehrssystem“. Zu diesem Steckbrief gab es auch mit Abstand die meisten Kommentare.



TOP 10 Bürgerempfehlungen

Mit 387 Stimmabgaben, darunter 364 durch die zufällig ausgewählten Bürger*innen der drei Werkstätten, haben die Teilnehmer*innen am Onlinedialog ausgewählt, welche Bürgerempfehlungen aus dem

Bürgerdialog ihnen am wichtigsten sind. Jeder Teilnehmende konnte maximal fünf Bürgerempfehlungen auswählen.

Die folgende Tabelle zeigt die TOP 10 der Bürgerempfehlungen:

TOP 10 der Bürgerempfehlungen

	Bürgerempfehlung zum Handlungssteckbrief	Stadt	Stimmen gesamt	Stimmen Zufallsbür- ger*innen
1	Nachhaltiges Verkehrssystem	Erfurt	32	29
2	Bildung für Ressourceneffizienz	Ludwigshafen	24	22
3	Ökodesign und Lebensdauer	Erfurt	23	22
4	Ökodesign und Lebensdauer	Ludwigshafen	22	20
5	Rohstoffe umwelt- und sozialverträglich gewinnen	Ludwigshafen	22	20
6	Vermeidung und Recycling von Abfällen	Erfurt	20	19
7	Nachhaltiges Verkehrssystem	Ludwigshafen	18	17
8	Wege zur Ausbildung oder zur Arbeit	Hannover	16	16
9	Recycling von Verpackungen beim Online-Handel	Hannover	16	15
10	Bildung für Ressourceneffizienz	Erfurt	17	14

Der große Anteil der Stimmen der zufällig ausgewählten Bürger*innen begründet den Tabellenstand. Nur bei Gleichstand haben die relativ wenigen Stimmen aus der Öffentlichkeit Ausschlag über die Positionen gegeben. Das gilt für die Plätze zwei und drei sowie für die Plätze vier und fünf.

Feedback zum Bürgerdialog

In einer Umfrage konnten die Teilnehmenden der Bürger- und Jugendwerkstätten ihre Einschätzungen zum Bürgerdialog ausdrücken. Mit 116 Befragten nahmen 53 % der Bürger*innen an der Online-Umfrage teil, die von dem sozialwissenschaftlichen Institut BACES an der Universität Bamberg vom 22. bis 31. August 2019 durchgeführt wurde.

Ihre sozio-demografischen Merkmale entsprachen weitgehend dem Muster der Beteiligung in den Werkstätten: nahezu ausgeglichenes Geschlechterverhältnis, die Generation 60+ war mit 40 % überrepräsentiert, während die junge Generation der 16-34jährigen sich zahlenmäßig genauso stark beteiligte wie die mittlere Generation der 35-59jährigen (beide 30 %).

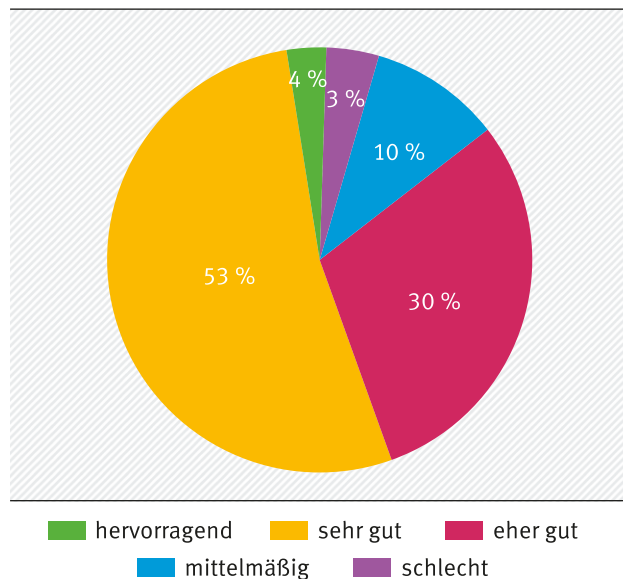
Bei der Bildungsverteilung wiederholte sich das Muster, das aus vielen Bürgerdialogen bekannt ist. Menschen mit Studium waren mit 55 % über-, Menschen mit mittlerer Reife oder Hauptschulabschluss mit 23 % unterrepräsentiert. Die Ergebnisse der Online-Umfrage (und der Werkstätten) spiegeln kein repräsentatives Abbild der Gesellschaft wider. Das ist jedoch auch nicht das Ziel. Es ging darum, möglichst vielfältige Sichtweisen eines Querschnitts der Gesellschaft einzubinden und das ist mit der Verteilung gelungen.

Die Befragten kamen insgesamt zu einer positiven Einschätzung des Bürgerdialoges. Auf einer Skala



Gesamtzufriedenheit

Wie bewerten Sie alles in allem den Bürgerdialog „GesprächStoff Ressourcen“?



von 1-5 (hervorragend - sehr gut - gut - mittelmäßig - schlecht) vergaben die 116 Befragten eine Durchschnittsnote von 2,54 – Beteiligte aus der jungen Generation waren mit 2,25 noch positiver gestimmt.

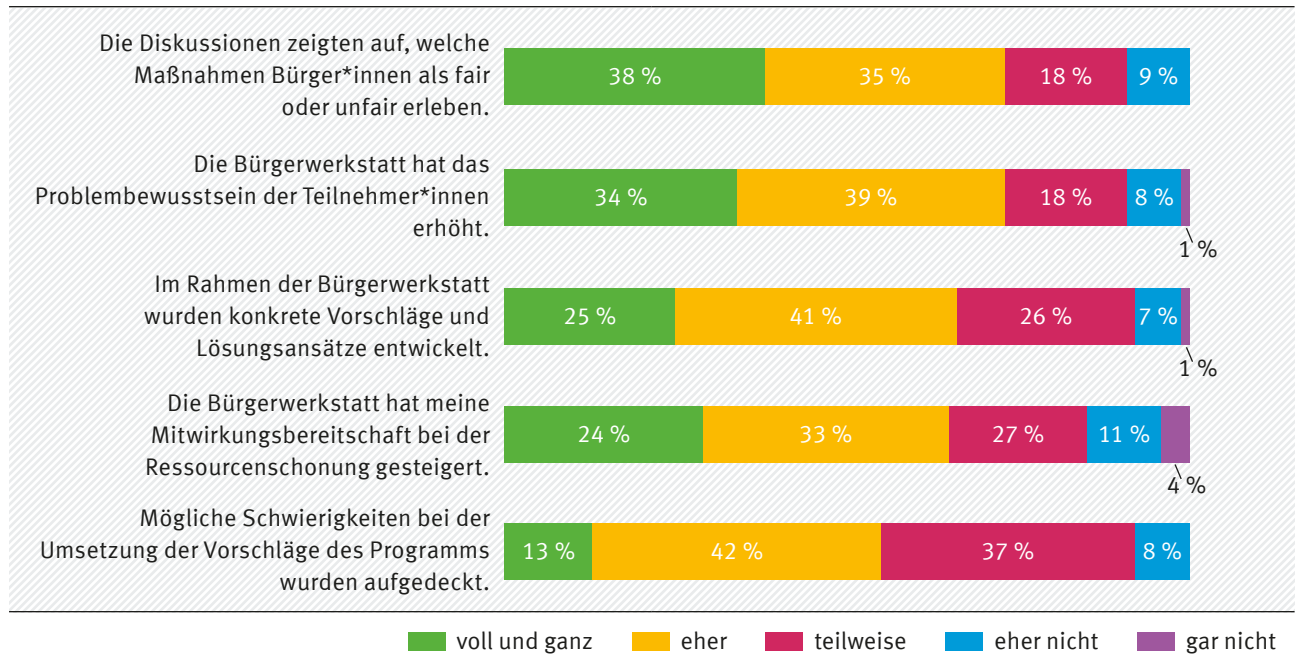
Mit einem Schnitt von 2,42 haben sich die Bürger*innen im Vorfeld der Werkstätten gut informiert gefühlt. Der Anmelde- und Einladungsprozess wurde von einer großen Mehrheit als gelungen empfunden. So teilten 69 % die Einschätzung „voll und ganz“, dass die Anmeldemodalitäten verständlich waren.

Bei der Frage nach der Aufwandentschädigung entstand ein widersprüchliches Bild. Für 70 % spielte der Betrag von 15 € pro Person keine Rolle bei ihrer Teilnahmeentscheidung, andererseits hielten 77 % den Betrag für genau richtig.

Die Ziele der Werkstätten wurden aus Sicht der Bürger*innen durchweg erreicht. Die Bürger*innen konnten konkrete Vorschläge und Lösungsansätze aus Sicht von 66 % entwickeln, für 73 % erhöhte sich ihr Problembewusstsein und für ebenfalls 73 % zeigten die Diskussionen, welche Maßnahmen sie als fair oder unfair erleben.

Zielerreichung

Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zur Erreichung der Ziele zu?

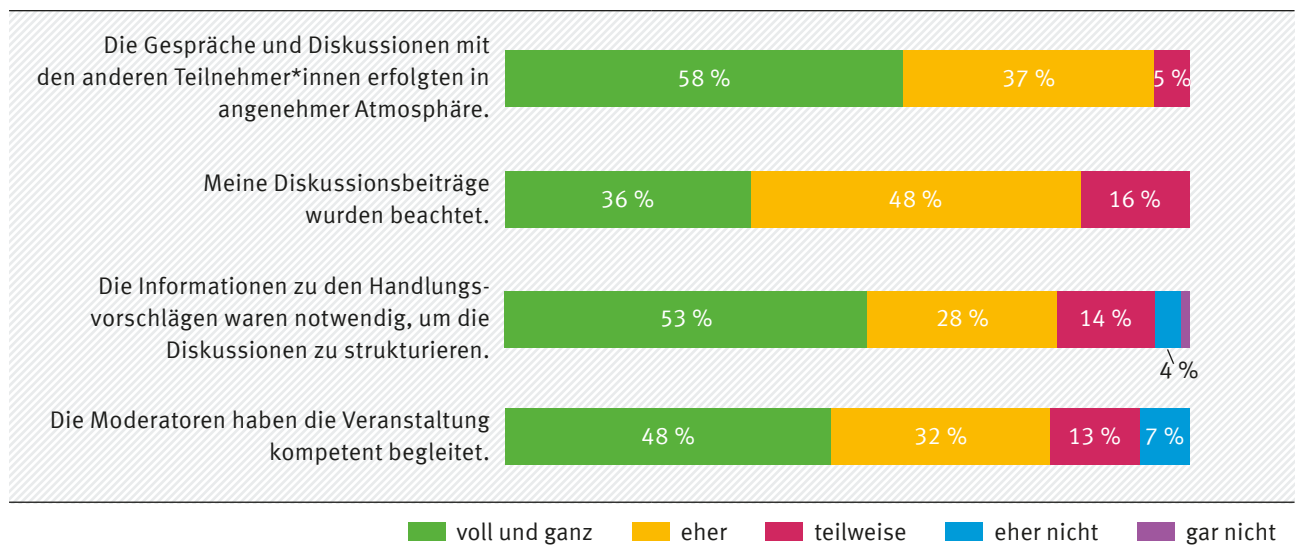


Die Erreichung der Ziele spiegelt sich auch bei der Resonanz zum Ablauf der Veranstaltung wider. Eine sehr breite Mehrheit von 95 % erlebte eine angenehme Gesprächsatmosphäre bei den Diskussionen. 84 % fanden, dass die eigenen Beiträge beachtet wurden, 81 % hielten die Informationen zu den Handlungsvorschlägen für notwendig und 80 % teilten die Auffassung, dass die Moderator*innen die Werkstätten kompetent begleitet haben.

Welche Rolle spielt der Bürgerdialog für das eigene Verhalten? 65 % der Teilnehmenden haben durch den Bürgerdialog viel über Ressourceneffizienz gelernt, 54 % haben sich intensiv in ihrem Bekannten- und Freundeskreis über das Thema ausgetauscht. Das eigene Verhalten hat sich immerhin mit 29 % bei fast einem Drittel geändert.

Bürgerdialog

Wie stark stimmen Sie folgenden Aussagen zu den Themen und zum Ablauf der Veranstaltung zu?





Workshop Redaktion des Bürgerratschlags

Am 3. und 4. August 2019 trafen sich 18 Bürgerbotschafter*innen zu einem Redaktions-Workshop in Fulda. Sie kamen stellvertretend für 229 zufällig ausgewählte Bürger*innen zusammen, die an den Bürgerwerkstätten im Mai 2019 in Erfurt, Hannover und Ludwigshafen mitwirkten. Ihre erste Aufgabe bestand darin, den Redaktionsentwurf ihres „Bürgerratschlages zu ProgRes III“, der vom Moderationsteam aus den Ergebnissen der Bürgerdialoge zusammengestellt worden war, auf inhaltliche Richtigkeit zu prüfen, anzupassen und freizugeben.

Im Fokus der Redaktionssitzung stand eine zweite Aufgabe: Die Bürgerbotschafter*innen formulierten auf Basis der Bürgerempfehlungen zu jedem Handlungssteckbrief eine Kernbotschaft. Ziel war es, die wichtigsten gemeinsamen Aussagen aus den 32 Bürgerempfehlungen aller drei Werkstätten zu jedem Handlungssteckbrief auf den Punkt zu bringen.

Die Abstimmungen im Onlinedialog lieferten wichtige Hinweise für diese Bündelungsaufgabe. Denn dort konnten alle Bürger*innen alle Bürgerempfehlungen aus den drei Werkstätten bewerten. Nicht nur aus der eigenen Werkstatt, sondern auch die Bürgerempfehlungen aus den beiden anderen Städten.

Die Abstimmungsergebnisse – wie z. B. die Top 10 der Bürgerempfehlungen – zeigten den Bürgerbotschafter*innen, wo die Prioritäten aus Bürgersicht lagen. So konnten sie leichter zu einem gemeinsamen Endergebnis kommen: ihrem Bürgerratschlag „GesprächStoff Ressourcen“ mit der notwendigen Zuspitzung in Form von Kernbotschaften für die öffentliche und politische Debatte.

Übergabe des Bürgerratschlags an die Bundesministerin

Am 5. November 2019 war es soweit: 12 Bürgerbotschafter*innen aus Erfurt, Hannover und Ludwigs-hafen tauschten sich mit Umweltministerin Svenja Schulze zu ihren Kernbotschaften aus.

In einem Vorbereitungsworkshop klärten die Bürgerbotschafter*innen ihre Fokusfragen für eine Stunde Gespräch mit der Umweltministerin: Was ist die Essenz aus unseren 12 Kernbotschaften? Was sind die wichtigsten Kernbotschaften? Und wer trägt welche Kernbotschaft im Gespräch vor? Nicht zuletzt: Wer hakt im Falle des Falles nach?

Nach dem Vorbereitungsworkshop kam die Bundesumweltministerin Svenja Schulze direkt aus einer Bundsratsitzung und diskutierte mit den Bürger*innen ihre Vorschläge. Zur Überraschung aller brachte die Ministerin ein Kamerteam der heute SHOW mit Lutz van der Horst mit, die Einzelinterviews mit einigen Bürger*innen gemacht haben. Jedoch schaffte

es kein Beitrag in die heute SHOW. Das Ganze war offenbar zu ernst und sachlich für den satirischen Charakter der Fernsehsendung.

Es entwickelte sich ein offenes Gespräch zwischen den Bürger*innen und der Ministerin. Im Fokus Themen wie nachhaltige Mobilität, Ökodesign, Abfallvermeidung und Recycling sowie internationale Rohstoffgewinnung. Die Ministerin erläuterte die gemeinsamen Schnittmengen zwischen Referentenentwurf¹ des BMU und dem Bürgerratschlag. Die Bürgerbotschafter*innen machten klar, wo aus ihrer Sicht die Politik mehr für die Ressourceneffizienz unternehmen und regeln könnte. Am Ende des Gespräches übergaben die Botschafter*innen den Bürgerratschlag „GesprächStoff Ressourcen“ an die Ministerin.

¹ Der Referentenentwurf ist die Vorlage des Ministeriums für die Abstimmung mit anderen Bundesministerien, den Bundesländern und Verbänden.



Bürgerumfrage zu ProgRes III

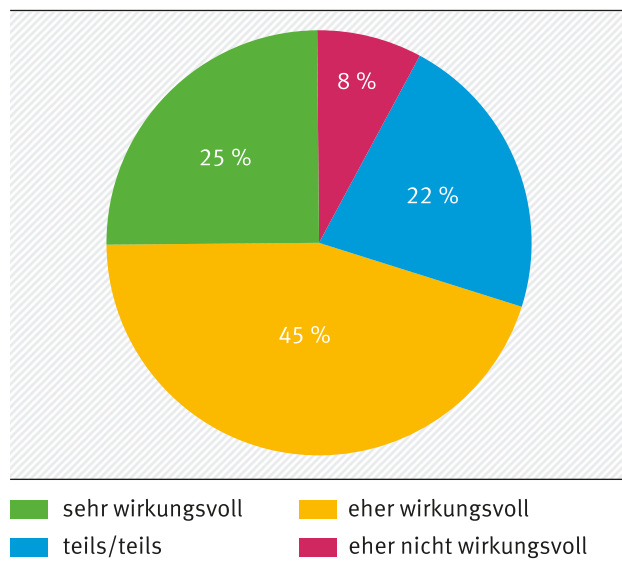
Zwischen dem 21. April und dem 8. Mai 2020 führte das Bamberger Centrum für Empirische Sozialforschung (BACES) eine zweite Umfrage, diesmal zu den Inhalten von GesprächStoff Ressourcen durch. Gegenstand der Umfrage war eine Einschätzung der am Bürgerdialog beteiligten Bürger*innen zur Kernfrage: Wie sehen sie ihre Forderungen aus dem Bürgerratsschlag im Vergleich zu den Maßnahmenvorschlägen des Referentenentwurfs für ProgRes III? Der wissenschaftliche Abgleich des Instituts für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) zwischen Referentenentwurf und Bürgerratsschlag diente dabei als Grundlage für die Befragung (siehe dazu das Kapitel Ergebnisse des Bürgerdialoges).

Insgesamt nahmen 116 von 229 Bürger*innen aus den drei Werkstätten an der online durchgeführten Umfrage teil – eine gute Quote, da die Befragung rund ein Jahr nach den Werkstätten stattfand.

Das Thema Ressourceneffizienz blieb wichtig. Nach dem Bürgerdialog haben sich über 83 % der Bürger*innen (etwas oder mehr) mit Fragen der Ressourceneffizienz beschäftigt. Und die Bürger*innen waren überwiegend überzeugt von ihren eigenen Empfehlungen. 70 % halten die Bürgervorschläge zur Erhöhung der Ressourceneffizienz im Falle ihrer Umsetzung für wirkungsvoll.

Wirksamkeit der Bürgervorschläge

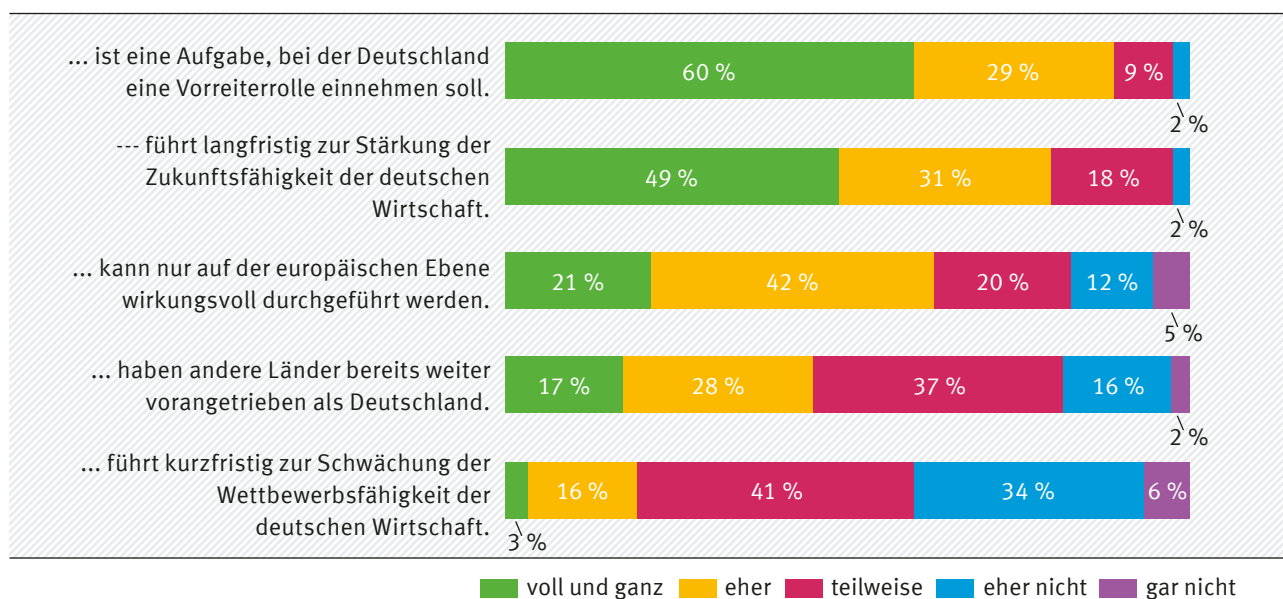
Wie wirkungsvoll halten Sie die von Ihnen mitarbeiteten Bürgervorschläge zur Erhöhung der Ressourceneffizienz in diesen Handlungsfeldern?



Mit 59 % gehen allerdings weniger Bürger*innen davon aus, dass ihre Vorschläge in den nächsten fünf Jahren eine realistische Umsetzungchance haben. Eine überwiegende Mehrheit von 89 % ist überzeugt, dass Deutschland eine Vorreiterrolle bei der Entkopplung des Ressourcenverbrauchs vom Wirtschaftswachstum übernehmen soll. Für 80 % würde das langfristig zu einer Stärkung der Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft führen.

Wirtschaftswachstum und Ressourceneinsatz

Die Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourceneinsatz ...



Bei der Frage nach der Verantwortung für einen ressourcenschonenden Umgang mit der Umwelt sehen die Bürger*innen Politik (95%), Unternehmen (92 %) und Verbraucher (84 %) allesamt stark gefordert. Aber nur wenige sehen, dass Verbraucher (17 %), Politik (14 %) und Unternehmen (6 %) diese Verantwortung wahrnehmen.

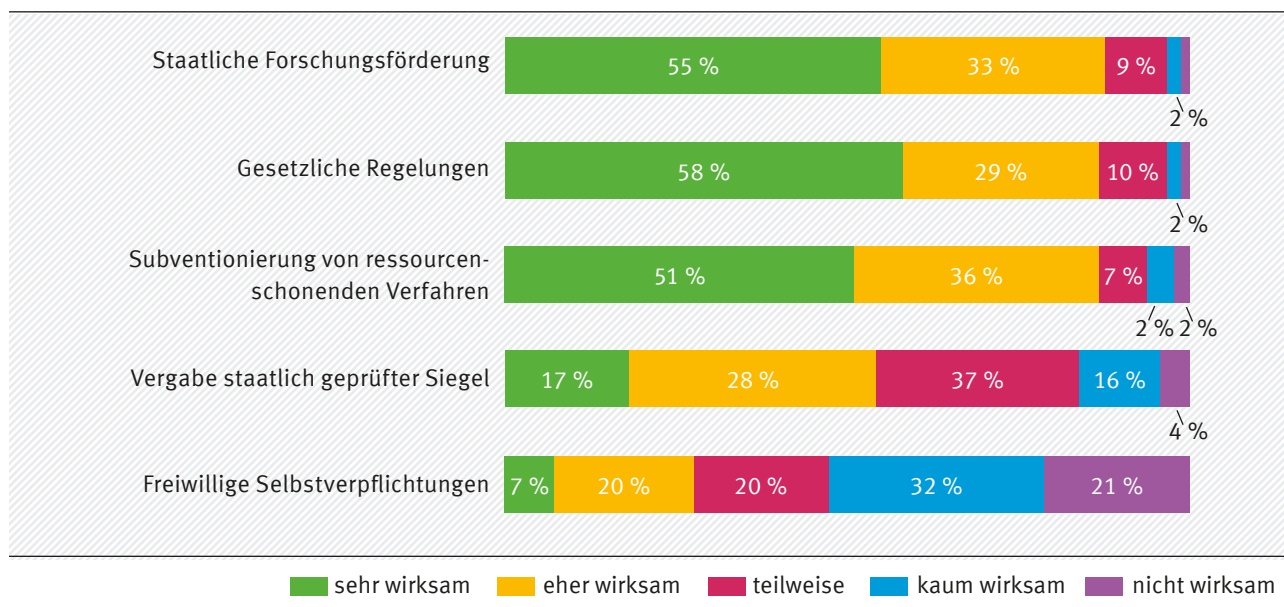
Im Allgemeinen ziehen die Bürger*innen Anreize mit 65 % gegenüber Sanktionen mit 35 % vor. Besonders die junge Generation tritt hier mit 79 % noch entschiedener für Anreize ein. Geht es um eine ressour-

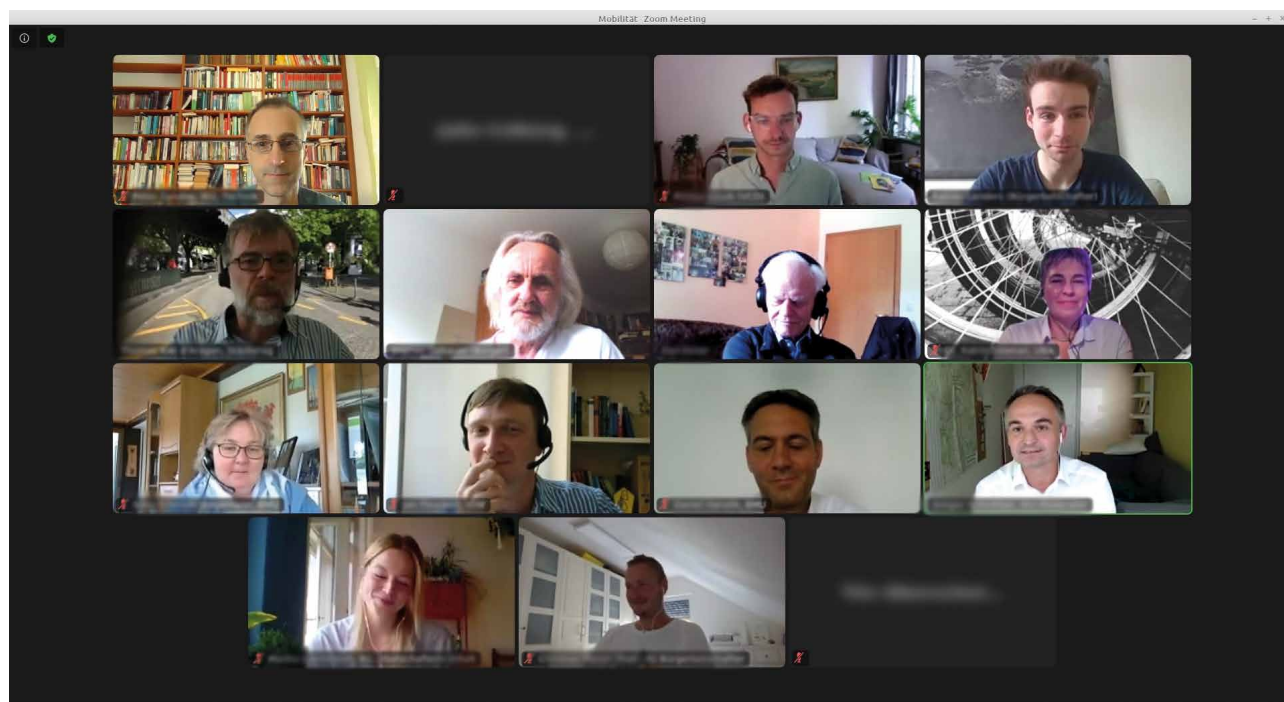
censchonende Politik, stehen Forschungsförderung, gesetzliche Regelungen und Subventionen im Vordergrund für die große Mehrheit. Nur ein gutes Viertel der Befragten meint, dass freiwillige Selbstverpflichtungen wirkungsvoll sind.

Alles in Allem schätzen die Bürger*innen den Stand des Erreichten bei der nationalen Ressourceneffizienzstrategie eher negativ ein. Auf einer Schulnoten-Skala bewerteten sie den Stand der Ressourceneffizienz in den 12 Handlungsfeldern mit 3,46 bis 4,45 im Mittelwert.

Effizienter Ressourceneinsatz

Wie bewerten Sie die Wirksamkeit folgender Maßnahmen zur Erreichung eines effizienten Ressourceneinsatzes?





Bürgerratschlag in der Debatte

Abschlussveranstaltung

Am 17. Juni 2020 hat das Kabinett der Bundesregierung das weiterentwickelte Ressourceneffizienzprogramm ProgRes III mit einer Laufzeit von 2020 bis 2023 beschlossen. Die offene Frage: wo und in welchem Maße sind die Bürgerempfehlungen eingeflossen? Zur Beantwortung fand die Abschlussveranstaltung zum Bürgerdialog GesprächStoff Ressourcen am 11. September 2020 von 14:00 bis 17:00 statt.

Die Corona-Pandemie zwang die Projektverantwortlichen zu einer Umstellung, die gleichzeitig ressourcenschonend war: die Verlagerung der Veranstaltung in den digitalen Raum. So probierte der Bürgerdialog ein neues Format aus, das mehr Ressourceneffizienz bot: keine Reisezeiten, keine Fahrtkosten und in der Summe weniger Ressourcenverbrauch.

45 Teilnehmende waren dabei, darunter neun Bürgerbotschafter*innen und acht Bürger*innen aus den Bürgerwerkstätten. Beide vertraten den Bürgerdialog. Drei Schwerpunktthemen des Bürgerdialoges standen im Vordergrund der Diskussionen: Abfall, Konsum und Mobilität. Die Bürger*innen erhielten Rückmeldungen zu ihren Bürgerempfehlungen von fünf Expert*innen des BMU und Umweltbundesamt (UBA). Acht Stakeholder-Vertreter*innen aus Wirtschafts-, Umwelt und Kommunalverbänden¹ legten zudem ihre Sichtweisen

zu ProgRes III und den Bürgerratschlägen von GesprächStoff Ressourcen dar.

Vor den drei Teilworkshops zu den Schwerpunktthemen brachten zwei Wissenschaftler*innen des Institutes für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) alle Teilnehmenden auf einen gemeinsamen Stand: Mit ihrem „Einwurf“ klärten sie auf, an welchen Stellen sich Bürgerempfehlungen in ProgRes wiederfinden oder nicht berücksichtigt wurden. Dabei entstand ein gemischtes Bild zum Einfluss des Bürgerratschlages

¹ Deutscher Städtetag, Bund Naturschutz (BUND), Bundesverband E-Commerce und Versandhandel, Deutscher Städtetag, Technische Hochschule Mittelhessen, Verband kommunaler Unternehmen (VKU), Verkehrsclub Deutschland (VCD), Zentralverband der Elektrotechnik- und Elektroindustrie

Wege zur Ausbildung und zur Arbeit		
Ratschlag	Berücksichtigung	Bemerkung
alternativlos günstiger ÖPNV	✗	Keine Zuständigkeit
ÖPNV Netz und Taktung verbessern	✓	Investitionen in „ressourcenschonende“ Verkehrsinfrastruktur
Ausbau von Radwegen und Stellplätzen	✓	Nationaler Radverkehrsplan

i | ö | w

Beispielgrafik Einwurf IÖW zum Thema Mobilität

auf ProgRess III (mehr dazu in den Detaileinschätzungen des IÖW unter Teil B Ergebnisse für alle 12 Handlungssteckbriefe).

Der intensiven und ernsthaften Debatte tat die Verschiebung in den digitalen Raum keinen Abbruch. Zu den Schwerpunktthemen Mobilität, Konsum und Abfall, die den Bürger*innen besonders unter den Nägeln brannten, diskutierten die Teilnehmenden folgende Leitfragen in drei parallelen Workshops:

- ▶ Welche Impulse der Bürger*innen sind in ProgRess III – dem bundesweiten Ressourcenschutzprogramm der Bundesregierung – eingeflossen?

- ▶ Reichen die beschlossenen Maßnahmen aus, um den Ressourcenschutz in Deutschland voranzubringen?

- ▶ Welche Aspekte sind bei der weiteren Umsetzung zu beachten?

Die Diskussionsergebnisse aus den drei Workshops zeigen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Ansätzen der Teilnehmenden auf:

Workshop Abfälle

Im Workshop „Abfälle“ diskutieren die Bürgerbotschafter*innen und Stakeholder zunächst über den Bürgervorschlag eines Pfandsystems für weiße Ware. Dieses sieht der Handel eher kritisch, da es zu sehr in die Abläufe eingreift. Zudem sei das Pfandsystem für größere Produkte nicht automatisch nachhaltiger, da es auch zusätzliche Transportwege mit sich brächte. Stattdessen sei ein „Heraustrage“-Service und so das Umgehen von illegalen Schrottsammlern eine geeignetere Maßnahme. Bezüglich Verpackungen im Onlinehandel sei laut Handel in erster Linie ein Dialog mit den Logistikunternehmen notwendig, um die Verpackungsgrößen zu standardisieren und so die nachhaltigsten und bestmöglichen Verpackungen nutzen zu können. Dabei seien von Seiten des Handels auch gesetzliche Regelungen nicht unerwünscht, jedoch sei der Versandhandel hier bereits aus Eigeninteresse selbst Antreiber gegenüber den Logistikunternehmen und arbeite auf nachhaltige und somit auch kostengünstige Lösungsalternativen hin.

Eine Verlängerung der Gewährleistungsfrist gehe laut der Teilnehmenden am Ziel vorbei. So sei es eher nötig, die Frist der Beweislastumkehr zwischen Kunde und Handel zu verlängern sowie die Reparierbarkeit und Transparenz von Produkten zu erhöhen.

Allgemeine Einigkeit besteht darin, dass in gesellschaftlicher Mentalitätswechsel hin zu mehr Nachhaltigkeit stattfinden müsse.

Workshop Mobilität

Die Teilnehmenden des Workshops „Mobilität“ stimmen darin überein, dass eine Verkehrswende und damit auch ein Bewusstseinswandel in der Gesellschaft notwendig seien.

In der Pflicht sehen sie dabei auch besonders den Bund, der für diese Verkehrswende die finanziellen Möglichkeiten bereitstellen und die Wende in Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen umsetzen solle. Weitere Teilnehmende weisen darauf hin, dass eine verstärkte Fokussierung auf nachhaltige Verkehrsmittel, wie den Radverkehr und ÖPNV grundsätzlich richtig sei, dabei jedoch auch diejenigen Verkehrsteilnehmer*innen nicht vergessen werden dürften, die diese Verkehrsmittel nicht nutzen können. Zudem tobe in den Städten bereits ein „Kampf um Verkehrsraum“.

Von den Teilnehmenden geforderte Maßnahmen bezüglich des Luftverkehrs seien laut Expert*innen nicht über Ressorts und Ministerien hinweg umsetzbar.

Dagegen werde die Einführung eines Tempolimits von 130 km/h bereits lange von einigen Stakeholdern gefordert.

Workshop Konsum

Der Workshop „Konsum“ sieht als Priorität einen gesellschaftlichen Bewusstseinswandel. Zudem ist den teilnehmenden Bürger*innen die Einführung eines Lieferkettengesetzes mit Sanktionierung bei Nichteinhaltung wichtig. Die Stakeholder-Seite hingegen verwies auf Schwierigkeiten bei der Nachverfolgung von Lieferketten.

Ferner sei es notwendig, den Verbraucher*innen Zugang zu vollumfänglichen Informationen über Produkte und Produktionsbedingungen zu ermöglichen.

Auch müsse die Wirtschaftlichkeit von Reparaturen erhöht werden, damit ein Anreiz gegenüber Neuanschaffungen bestehe. Den Teilnehmerenden fehlen in ProgRes III die dafür im Bürgerratschlag geforderten finanziellen Anreize.



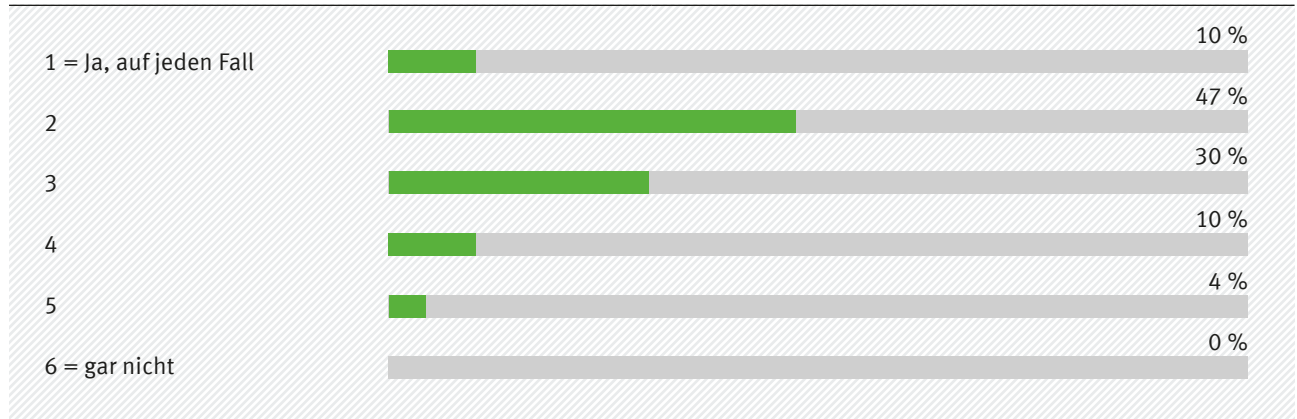
Experten im Gespräch – Bürgerwerkstatt Ludwigshafen

Bürgerdialog zeigt Wirkung

Nach den drei Einzelworkshop fassten die Teilnehmenden im virtuellen Plenum ihre Eindrücke zum

Bürgerdialog und seinen Ergebnissen in zwei Umfragen zusammen:

Wie ist Ihr Gesamteindruck: Die Bürger*innen konnten Impulse für die Weiterentwicklung von ProgRess III setzen (Schulnoten von 1–6).

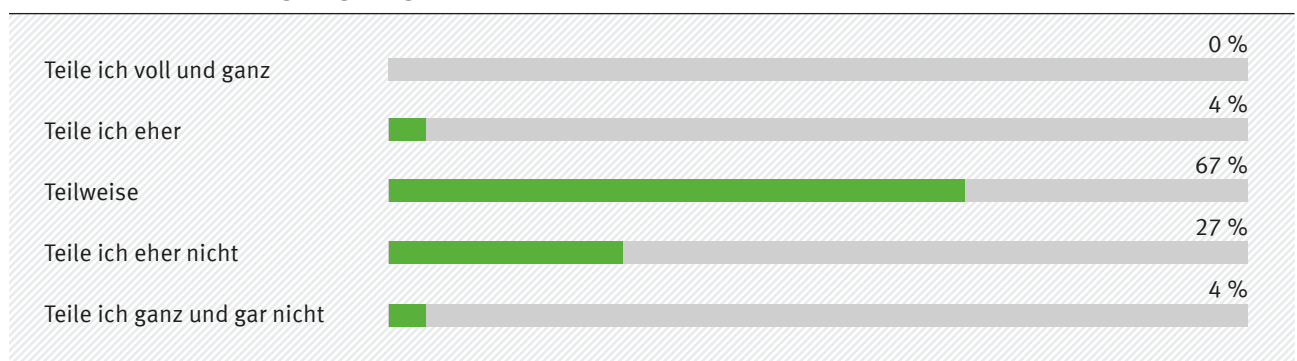


Aus Sicht der meisten Teilnehmenden konnte der Bürgerdialog „GesprächStoff Ressourcen“ Impulse für die Weiterentwicklung des Ressourceneffizienzprogramms der Bundesregierung einbringen. Summa summarum erhielten die Impulse durch den Bürgerdialog eine Durchschnittsnote von 2,5 beim Gesamteindruck.

Bei der Steigerung der Ressourceneffizienz selbst waren die Teilnehmenden weniger zuversichtlich. Sie erwarten mehrheitlich nicht, dass die Ressourceneffizienz durch ProgRess III in den nächsten Jahren schnell genug steigt.

Immerhin rund zwei Drittel sehen in ProgRess III Ansätze, die zumindest teilweise die Ressourceneffizienz in Deutschland schnell genug beschleunigt. Um die Ziele der Ressourceneffizienz zu erreichen, besteht aus Sicht der Teilnehmenden weiter Handlungsbedarf. Der Spielraum nach oben lässt sich dahingehend deuten, dass ProgRess offensivere Akzente setzen kann. Das wäre ganz im Sinne der häufig weitergehenden Vorschläge aus dem Bürgerratschlag „GesprächStoff Ressourcen“.

Die Umsetzung von ProgRess III in den nächsten 4 Jahren sorgt dafür, dass die Ressourceneffizienz in Deutschland schnell genug steigt.





Infomarkt Bürgerwerkstatt Erfurt

B

B. Ergebnisse des Bürgerdialoges

Der Bürgerdialog fand vor der Abstimmung mit den anderen Bundesministerien (Ressortabstimmung) statt. So konnte gewährleistet werden, dass das Feedback der Bürger*innen bereits in einem frühen Entwurfsstadium (Referentenentwurf) berücksichtigt werden konnte. Die Feedback-Ergebnisse zu jedem der 12 Handlungssteckbriefe des BMU werden auf den folgenden Seiten vorgestellt.

Die Vorstellung der Ergebnisse folgt der gleichen Logik in jedem der 12 Handlungsfelder:

- A. Beschreibung des Maßnahmenvorschlags aus 12 Handlungsteckbriefen, die das BMU im Bürgerdialog zur Diskussion gestellt hat.
- B. Kernbotschaft: Diese Essenz haben die Bürgerbotschafter*innen aus dem Bürgerfeedback der Werkstätten aus allen drei Städten zusammengetragen,

gebündelt und im Bürgerratschlag auf den Punkt gebracht.

- C. Wissenschaftlicher Abgleich des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), inwieweit die Empfehlungen aus dem Bürgerratschlag mit den Inhalten von ProgRes III übereinstimmen, sich in anderen Bundesprogrammen wiederfinden oder insgesamt davon abweichen.
- D. Zentrale Ergebnisse der Bürgerumfrage zu der jeweiligen Kernbotschaft: Wie sehen die zufällig ausgewählten Bürger*innen aus den Werkstätten die Inhalte von ProgRes III im Vergleich zu den von ihnen ausgearbeiteten Kernbotschaften im Bürgerratschlag? (Mehr zur Umfrage -> siehe Unterkapitel Teil A Der Bürgerdialog Gesprächstoff Ressourcen ProgRes III)

Wissenschaftlicher Abgleich

Das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) in Berlin hat die Inhalte des Bürgerratschlages mit der Fortentwicklung des Ressourceneffizienzprogramms hin zu ProgRes III miteinander verglichen. Die Vergleichsgrundlage im Bürgerratschlag waren die 12 Kernbotschaften, die von den Bürgerbotschafter*innen aus den Bürgerempfehlungen zu den 12 Handlungssteckbriefen des BMU gebündelt wurden. Die Wissenschaftlicher*innen haben geprüft, inwieweit sich die Kernbotschaften aus dem Bürgerratschlag im Referentenentwurf und der Kabinettsfassung von ProgRes III wiederfinden. Ebenso haben sie ermittelt, inwiefern die Ratschläge im Rahmen anderer aktueller Gesetzesinitiativen aufgegriffen werden.

Sie können den wissenschaftlichen Abgleich des IÖW unter folgender Adresse herunterladen:

<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/der-buergerratschlag-ressourceneffizienzprogramm>

1. Nachhaltiges Verkehrssystem

A. Beschreibung des BMU-Maßnahmenvorschlags

Das aktuelle Verkehrssystem schadet der Umwelt und der Gesundheit. Konventionell motorisierte Fahrzeuge stoßen Schadstoffe aus, die die Qualität der Atemluft, des Wassers und der Böden verschlechtern. Elektromobilität bietet Stand heute keine abschließende Lösung, da die Rohstoffbeschaffung für Lithium-Ionen-Batterien Probleme birgt (menschrechtliche und ökologische Risiken beim Abbau von Lithium und Kobalt). Folgende Maßnahmen soll die Bundesregierung umsetzen:

- ▶ Den nationalen Radverkehrsplan fortschreiben und eine bundesweite Fußgängerstrategie entwickeln.
- ▶ Fahrleistungsabhängige Maut: Neben der bereits existierenden LKW-Maut könnte auch eine Bus- und Pkw-Maut eingeführt werden.
- ▶ Orientierung der Kfz-Steuer am Fahrzeuggewicht (statt Hubraum), zusätzlich zur Abhängigkeit von den spezifischen CO₂-Emissionen.
- ▶ Die vorhandenen Bundesfernstraßen mit einer Länge von über 51.000 Kilometern auf einem modernen Niveau erhalten und nicht weiter ausbauen.

B. Kernbotschaft des Bürgerfeedbacks

Die Bundesregierung soll nachhaltige Verkehrsmittel fördern, um die Bedeutung des autogebundenen Individualverkehrs zu verringern.

Das ÖPNV, Bahn-, Rad- und Fußwegenetz muss flächendeckend ausgebaut werden. Durch Subventionen müssen niedrigere Ticketpreise realisiert werden. Nachhaltige „Sharing-Angebote“ müssen gefördert werden.

Wir fordern, den innerdeutschen Flugverkehr einzuschränken oder zu besteuern.

Kontrovers diskutiert wurden Verbote und Sanktionen, wie autofreie Innenstädte und Maut. Anreizsysteme können Alternativen zu Verboten und Sanktionen sein.

C. Wissenschaftlicher Abgleich

Die Bundesregierung berücksichtigt die Mehrheit der Vorschläge des Bürgerratschlags entweder in ProgRess III oder im Klimaschutzprogramm. So beinhaltet ProgRess III die Förderung nachhaltiger Verkehrs-

mittel und von Sharing-Angeboten. Im Rahmen des Klimaschutzprogramms wird zudem die Mehrwertsteuer auf Bahnfahrkarten im Fernverkehr auf 7 % gesenkt und die Luftverkehrsabgabe zum 01. Januar 2020 erhöht.

Beim Ausbau des ÖPNV-, Bahn-, Rad- und Fußwegenetzes verweist ProgRess III auf die Zuständigkeit der Länder und Kommunen, jedoch sollen Investitionen des Bundes verstärkt in ressourcenschonende Verkehrsinfrastrukturen nach dem Motto „Erhalt vor Aus- und Neubau“ fließen. Allerdings ist in ProgRess III auch von einem „nachfrageorientierten Ausbau“ die Rede, was bei der Ausgestaltung der Maßnahmen mit Blick auf den Ressourcenverbrauch spezifiziert werden muss. Denn Ressourcen werden erst geschont, wenn die Menschen auch zu nachhaltigen Verkehrsmitteln wechseln. Nachfrage muss hier möglicherweise erst geschaffen werden, zum Beispiel durch ein erweitertes ÖPNV-Angebot.

Verbote und Sanktionen – von den Bürger*innen kontrovers diskutiert – sieht die Bundesregierung nicht vor.

D. Bürgerumfrage

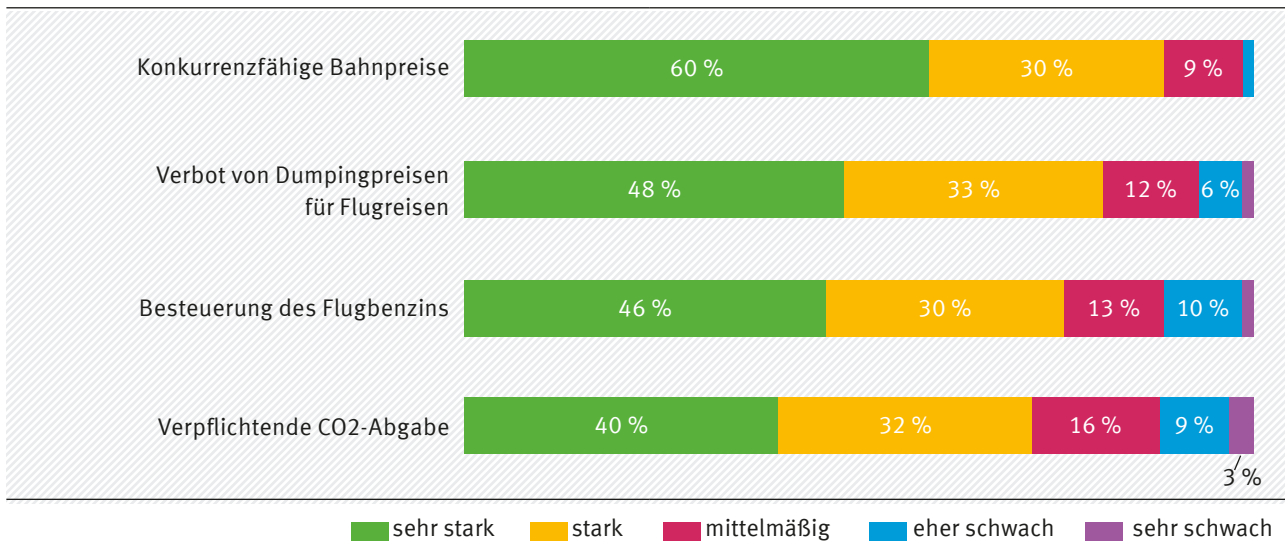
Die Umfrage untermauert die Kernbotschaft im Bürgerratschlag. Die befragten Bürger*innen sind der Meinung: Der Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr kann am besten beeinflusst werden durch den Ausbau des ÖPNV (95 %), niedrige Preise für Fahrkarten (90 %) und eine höhere Taktung der Fahrten (87 %).

Die Nutzung des Fahrrades hängt aus Sicht der Bürger*innen vor allem an der Existenz sicherer Fahrradwege (92 %) und der zu bewältigenden Entfernung (91 %) ab.

Für die geforderte Reduktion des Flugverkehrs halten die Bürger*innen vier Maßnahmen für stark oder eher wirksam: ganz oben stehen konkurrenzfähige Bahnpreise (90 %), danach folgen das Verbot von Dumpingpreisen im Flugverkehr (81 %), die Besteuerung des Flugtreibstoffs (76 %) und eine CO₂-Abgabe (72 %).

Reduzierung des Flugverkehrs

Wie schätzen Sie die Wirksamkeit folgender Maßnahmen zur Reduzierung des Flugverkehrs ein?



2. Wege zur Ausbildung oder zur Arbeit

A. Beschreibung des BMU-Maßnahmenvorschlags

Wege zum Arbeits- oder Ausbildungsplatz machen etwa ein Viertel der täglich zurückgelegten Personenkilometer aus und sind somit für einen erheblichen Teil des Verkehrsaufkommens verantwortlich. Die Bundesregierung plant verschiedene Maßnahmen, um den Arbeitsverkehr zu reduzieren. Sie plant die Entfernungspauschale abzuschaffen und wohnortnahe Arbeitsmöglichkeiten und den Bau von intermodalen Mobilitätsstationen zu fördern. Darüber hinaus könnten große Behörden und Betriebe zu einem Mobilitätsmanagement verpflichtet werden.

B. Kernbotschaft des Bürgerfeedbacks

Wir fordern, dass der ÖPNV alternativlos günstig wird! Dafür muss die Verkehrsinfrastruktur ausgebaut sowie Erreichbarkeit und Taktung verbessert werden. Außerdem muss der Radverkehr durch den Ausbau von Radwegen und sicheren Stellplätzen gefördert werden.

C. Wissenschaftlicher Abgleich

Die in ProgRess III verankerten Maßnahmen greifen die Forderungen der Bürger*innen auf und gehen teilweise sogar darüber hinaus. Mit der Fortschreibung des Nationalen Radverkehrsplans und mit der Gestaltung einer bundesweiten Fußverkehrsstrategie beinhaltet das Ressourcenschutzprogramm Maßnahmen, die den Rad- und Fußverkehr stärken. Mit

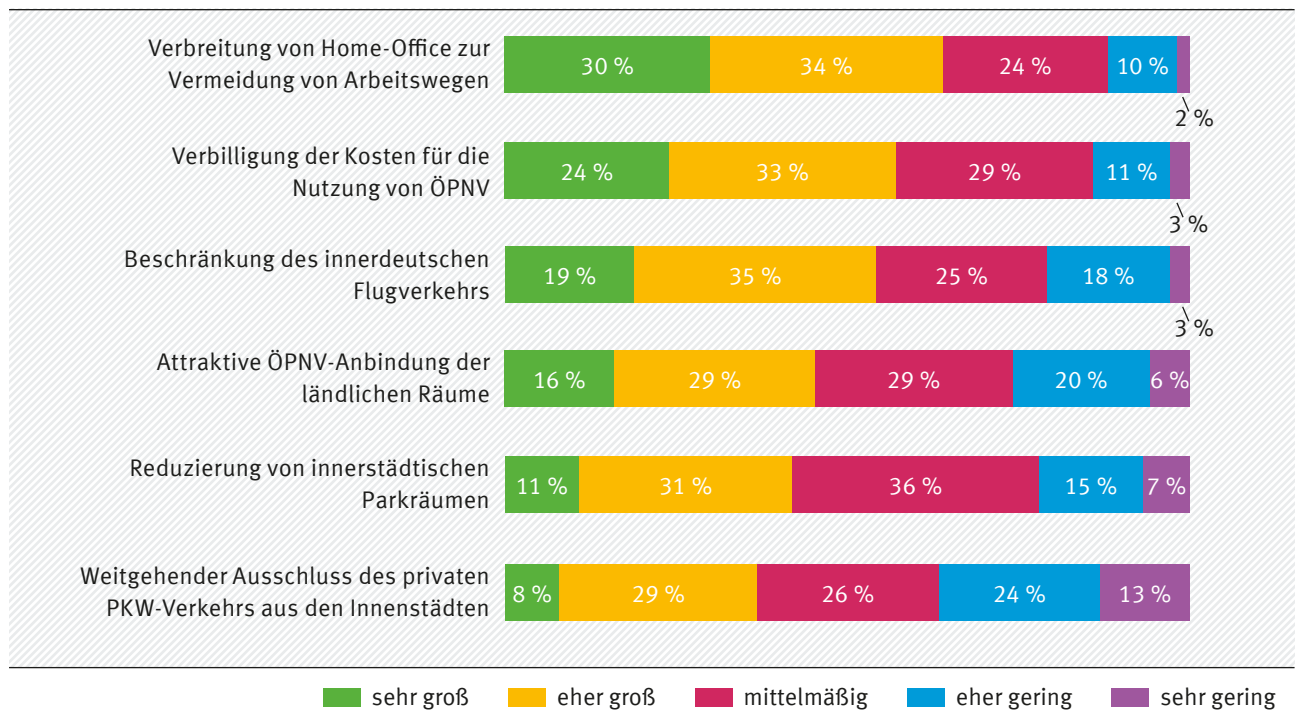
der Verlagerung öffentlicher Ausgaben hin zu ressourcenschonenden Verkehrsinfrastrukturen soll die Attraktivität und der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs gesteigert werden. Entgegen der Meinung vieler Bürger*innen sprechen Untersuchungen dafür, dass eine Abschaffung der Pendlerpauschale einkommensschwache Haushalte weniger stark belastet als einkommensstarke. ProgRess III beinhaltet Maßnahmen (Konzept der „kurzen Wege“ zur Stadtentwicklung, Förderung wohnortnaher Arbeitsmöglichkeiten), die langfristig kürzere Distanzen anstreben und damit auf eine Verringerung des gesamten Verkehrsaufkommens zielen. In ProgRess III ist die Forderung nach einem „alternativlos günstigen ÖPNV“ nicht berücksichtigt. Dessen Ausgestaltung liegt allerdings auch nicht im Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung.

D. Bürgerumfrage

Gefragt nach ihrer Einschätzung zur Umsetzbarkeit von Maßnahmen für nachhaltigen Berufsverkehr kommen die Bürger*innen zu folgendem Ergebnis: 64 % glauben, dass sich das Home-Office stärker verbreiten wird, 57 % erwarten eine Verbilligung des ÖPNV, 54 % eine Beschränkung des innerdeutschen Flugverkehrs. Eine attraktive ÖPNV-Anbindung des ländlichen Raumes erwarten weniger als die Hälfte (45 %). An eine Reduzierung von städtischem Parkraum glauben 42 % und nur 37 % erwarten, dass der PKW-Verkehr aus den Innenstädten verbannt wird.

Nachhaltiges Verkehrssystem

Wie schätzen Sie die Umsetzbarkeit folgender Maßnahmen in den nächsten fünf Jahren ein?



3. Ökodesign und Lebensdauer

A. Beschreibung des BMU-Maßnahmenvorschlags

Die Bundesregierung möchte langlebige Konsumprodukte fördern. Sie setzt sich deswegen dafür ein, dass Hersteller bei deren Gestaltung die Materialeffizienz berücksichtigen und umsetzen (z. B. Werkstoffe verwenden, die langlebiger und ökologischer leichter zu recyceln sind). Solche Anforderungen werden z. B. in der EU-Ökodesign-Richtlinie festgelegt, die – einmal für ein Produkt verabschiedet – für alle Hersteller dieses Produktes verpflichtend ist. Die Bundesregierung arbeitet gemeinsam mit der EU-Kommission darauf hin, dass die Hersteller auch bei der Nutzungsdauer und Reparierbarkeit mehr Verantwortung für ihre Produkte übernehmen. Konkret setzt sich die Bundesregierung für folgende Maßnahmen ein:

- ▶ Kund*innen sollen ihre Ansprüche auf Gewährleistung länger geltend machen können.
- ▶ Hersteller müssen nachweisen, dass sie bei einem Mangel nicht gewährleistungspflichtig sind („Beweislastumkehr“). Bisher müssen die Kund*innen das beweisen.

B. Kernbotschaft des Bürgerfeedbacks

Grundgedanke muss sein: „Reparieren statt Finanzieren“.

Wir fordern finanzielle und steuerliche Anreize sowohl für Unternehmen als auch für den Endverbraucher hinsichtlich langlebiger, reparierbarer und in modularer Bauweise hergestellter Produkte.

Um die Produktverantwortung der Hersteller einzufordern, müssen die Garanzzeiten verlängert werden. Abhängig von der Produktkategorie müssen Ersatzteilversorgung und Produktsupport sichergestellt werden.

C. Wissenschaftlicher Abgleich

Die im Bürgerratschlag vorgeschlagenen Maßnahmen werden nur teilweise in ProgRes III berücksichtigt. So sollen ökonomische Anreize die Inanspruchnahme von Reparaturleistungen durch einen geringeren Mehrwertsteuersatz oder steuerliche Absetzbarkeit begünstigen. Um den Kauf langlebiger und reparierbarer Produkte zu fördern, setzt die Bundesregierung jedoch vor allem auf verschiedene Informationsinstrumente (Produktkennzeichnung, Pflichtangaben) und Wettbewerbsstärkung, um den Markt für unabhängige Reparaturdienstleister zu öffnen (Diskriminierungsverbot).

Eine Verlängerung der Garanziezeiten ist nicht vorgesehen, jedoch schlägt die Bundesregierung die Prüfung der Einführung einer Garantieaussagepflicht für die Produktlebensdauer vor (Zeit, während der sich ein Hersteller freiwillig verpflichtet ein defektes Gerät zu reparieren oder auszutauschen).

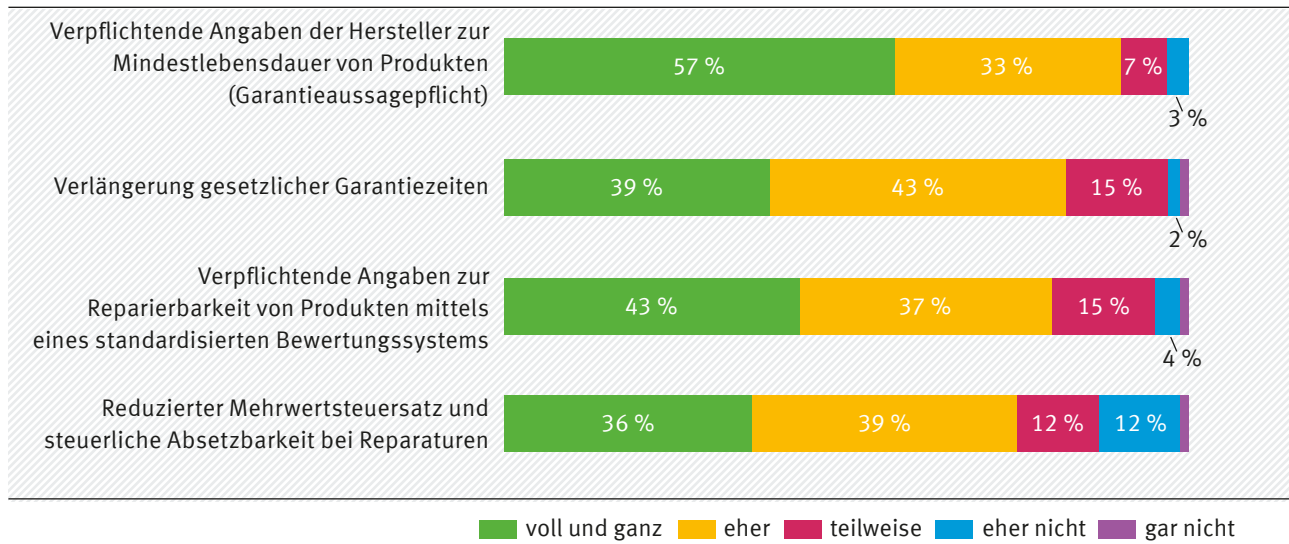
Bei der Versorgung mit Ersatzteilen und beim Produktsupport prüft sie, inwieweit gültige Regelungen für Kraftfahrzeuge (nicht-herstelleregebundener Zugang zu Ersatzteilen, Reparaturanleitungen sowie Reparaturwerkzeuge) auf andere Produkte übertragbar sind.

D. Bürgerumfrage

82 % der Bürger*innen achten beim Kauf von Produkten auf Langlebigkeit und Reparierbarkeit. 92 % wären bereit, einen höheren Preis dafür zu zahlen. Geht es um die Wirksamkeit von Maßnahmen zugunsten einer längeren Lebensdauer von Produkten, haben die Bürger*innen klare Vorstellungen: für 90 % ist eine Garantieaussagepflicht zur Mindestlebensdauer der Hersteller wirksam, für 82 % eine Verlängerung der gesetzlichen Garanziezeiten und für 80 % verpflichtende Herstellerangaben zur Reparierbarkeit von Produkten. Und immer noch 75 % sehen in der steuerlichen Förderung von Reparaturdienstleistungen ein probates Mittel.

Ökodesign und Lebensdauer

Wie wirksam sind folgende Maßnahmen, um die Verbreitung von langlebigen, reparierbaren Produkten in modularer Bauweise zu fördern?



4. Nutzen statt Besitzen

A. Beschreibung des BMU-Maßnahmenvorschlags

Viele Dinge, die wir besitzen (z. B. Werkzeuge oder Fahrzeuge), bleiben die meiste Zeit ungenutzt, weil wir sie gerade nicht selbst brauchen. Würde man diese Dinge in der ungenutzten Zeit Anderen zur Verfügung stellen, müssten sie dafür nicht neu angeschafft werden. Die Bundesregierung will deshalb Beratungs- und Förderprogramme entwickeln, um soziale Innovationen, wie z. B. nachbarschaftliche Initiativen zum gegenseitigen Verleihen von Werkzeugen

oder die geteilte Nutzung von Autos und Fahrrädern zu fördern. Sie will zudem rechtliche Voraussetzungen, z. B. Versicherungsschutz, schaffen, die das Teilen von Privat zu Privat erleichtern.

B. Kernbotschaft des Bürgerfeedbacks

Wir fordern öffentliche Räume und Plattformen für den Austausch von Waren und Geräten.

Eine haftungsrechtliche Grundlage ist notwendig, um Nutzer*innen abzusichern.

Außerdem fordern wir die finanzielle Unterstützung für Kommunen, soziale Plattformen oder Initiativen, die Austausch und Teilen fördern.

C. Wissenschaftlicher Abgleich

ProgRes III enthält mehrere Maßnahmen zum Thema „Austausch und Teilen von Gütern“. So soll die geteilte Nutzung von Ressourcen (Sharing Economy) insbesondere in den Bereichen Verkehr, Stadtentwicklung und Verkehrsplanung berücksichtigt werden. Die Vorschläge des Bürgerratschlags finden sich nur teilweise in ProgRes III wieder. Zwar plant die Bundesregierung den Aufbau einer verwaltungsinternen Tauschplattform, öffentliche Räume für den Austausch von Gütern sind jedoch nicht vorgesehen. Auch die von den Bürger*innen geforderten Haftungsregelungen werden

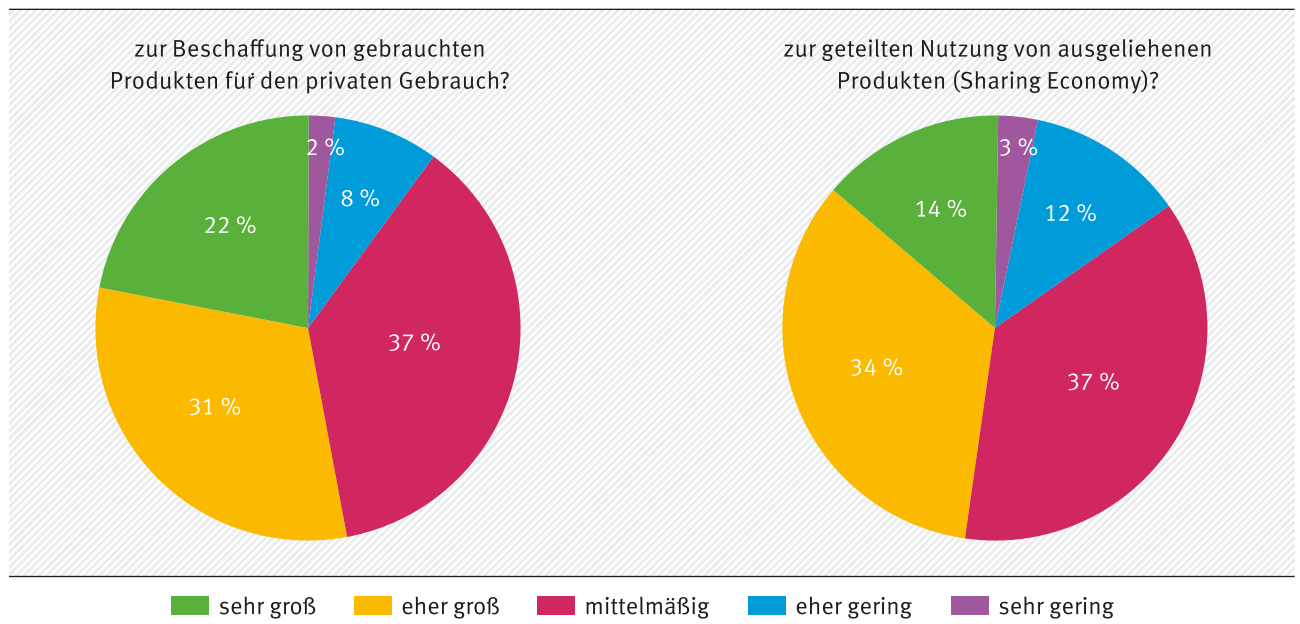
in ProgRes III nicht berücksichtigt. Hier existieren bereits privatwirtschaftliche Versicherungslösungen. Geprüft werden soll eine Anschubfinanzierung für institutionell geförderte Wiederverwendungseinrichtungen. Sonstige Mittel für Kommunen, Plattformen oder Initiativen sind auf Bundesebene nicht vorgesehen.

D. Bürgerumfrage

Rund die Hälfte der Bürger*innen ist bereit, gebrauchte Produkte (53 %) für die private Nutzung zu kaufen oder geliehene Produkte zu nutzen (48 % – Sharing Economy).

Nutzen statt Besitzen

Wie groß ist Ihre Bereitschaft ...



5. Vermeidung und Recycling von Abfällen

A. Beschreibung des BMU-Maßnahmenvorschlags

Um dem Ziel der Kreislaufwirtschaft näher zu kommen und mehr Rohstoffe aus Abfällen zu gewinnen, plant die Bundesregierung eine Pfandpflicht für elektrische Haushaltsgeräte (so genannte „weiße Ware“). Die Maßnahme führt dazu, dass die Hersteller das Recycling viel stärker als bisher bei der Entwicklung ihrer Produkte berücksichtigen müssen. Ziel ist es, möglichst viele Stoffe weiter zu nutzen und den Anfall an Abfällen (konkret: Elektroschrott) zu verringern.

B. Kernbotschaft des Bürgerfeedbacks

Wir fordern, die Langlebigkeit und Reparaturfähigkeit von Gebrauchsgütern zu erhöhen!

Wir fordern Anreiz- und Steuerungsinstrumente für eine höhere Recyclingquote von weißer Ware, z. B. in Form eines Pfandsystems oder einer Rückgabeprämie. Des Weiteren fordern wir die Einführung eines Labels sowie einer Recyclingskala für eine positive Veränderung des Kaufverhaltens und zur Aufklärung über Recyclingprozesse.

C. Wissenschaftlicher Abgleich

Die Bundesregierung will Mittel für Informationsinstrumente bereitstellen, die Produktinformationen wie Langlebigkeit und Reparaturfähigkeit für die Verbraucher*innen transparent machen. (s. „Ökodesign und Lebensdauer“)

Die Bundesregierung setzt sich im Programmzeitraum von ProgRes III dafür ein, die Kennzeichnung besonders umweltfreundlicher Produkte weiter zu entwickeln: durch ein Umweltzeichen „Blauer Engel“ in Bezug auf Ressourcenschonung. Außerdem sollen zusätzliche Umweltzeichen entwickelt werden.

Die Einführung einer Pfandpflicht oder einer Rückgabepremie für weiße Ware (elektrische Haushaltsgeräte) ist in ProgRes III nicht vorgesehen. Denn u.a. ihre europarechtskonforme Umsetzung würde zu einem hohen bürokratischen Aufwand und Preissteigerungen für die Verbraucher*innen führen.

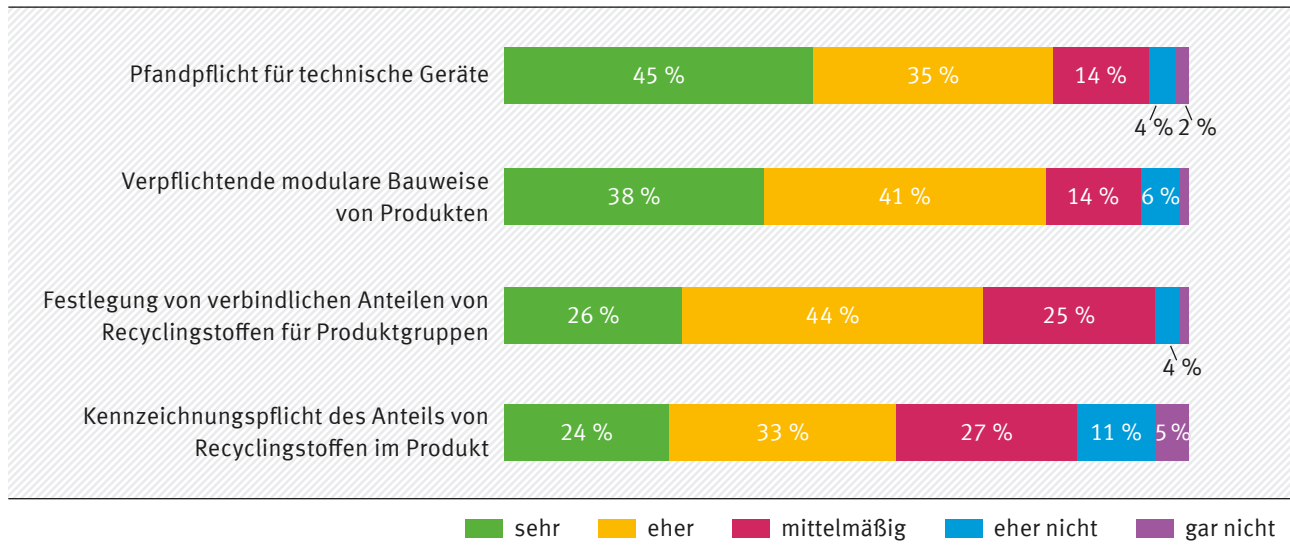
D. Bürgerumfrage

Die Bürger*innen sind nicht überzeugt, dass Kreislaufwirtschaft und Recycling bei allen Produkten funktionier-

niert. So glauben zwar 62 %, dass Kreislaufwirtschaft bei allen Gebrauchsgütern funktionieren kann. Aber nur 32 % glauben, dass zirkuläres Wirtschaften im Sinne einer Rückführung biologischer Stoffe in den biologischen Kreislauf bzw. die kontinuierliche Erhaltung von technischen Stoffen in technischen Kreisläufen im Interesse der Produzenten liegt. Andererseits erwarten nur noch 24 %, dass Produkte mit Anteilen von Recyclingmaterial eine niedrigere Qualität haben könnten als Produkte, die nur aus Rohmaterial bestehen. Wenn es darum geht, Kreislaufwirtschaft und Recycling durchzusetzen, teilen die Bürger*innen eindeutige Auffassungen. 80 % halten eine Pfandpflicht für technische Produkte für wirksam, fast ebenso viele mit 79 % sehen eine Verpflichtung für modulare Bauweisen von Produkten als zielführend an. Eine verbindliche Festlegung von Anteilen an Recyclingstoffen betrachten 70 % als wirksam. Eine Kennzeichnungspflicht der Anteile von Recyclingstoffen halten mit 57 % deutlich weniger Bürger*innen für wirksam.

Vermeidung und Recycling von Abfällen

Wie wirkungsvoll sind folgende Maßnahmen zur Vermeidung von Abfällen?



6. Recycling von Verpackungen beim Online-Handel

A. Beschreibung des BMU-Maßnahmenvorschlags

Immer mehr Menschen kaufen online ein und lassen sich ihre Waren direkt nach Hause liefern. Ein beachtlicher und steigender Teil der Einkäufe wird wieder an die Händler zurückgesendet. Für den Warenversand sind Verpackungen notwendig, deren Herstellung immer auch mit Umweltbelastungen verbunden ist. Durch Wiederverwendung der Versandverpackungen sollen Abfälle vermieden und die zur Herstellung notwendigen Ressourcen eingespart werden. Das neue Verpackungsgesetz (seit 1.1.2019) zielt auf besseres Recycling und Wiederverwertung von Versandverpackungen und mehr Produktverantwortung für den Inverkehrbringer ab. Mehrwegverpackungen sollen dadurch gefördert werden.

B. Kernbotschaft des Bürgerfeedbacks

Wir fordern eine rechtsverbindliche Umstellung des Verpackungssystems im Online-Handel auf ein standardisiertes Mehrwegsystem auf Basis von ökologischen Recyclingmaterialien mit normierten Packungsgrößen in einem zentralen Pfandsystem. Forschung und Innovation in der ökologischen und nachhaltigen Verpackungsentwicklung müssen gefördert werden.

C. Wissenschaftlicher Abgleich

Die im Bürgerratschlag geforderten Maßnahmen sind nicht bzw. nicht explizit in ProgRess III enthalten. Ein rechtsverbindliches, standardisiertes Mehrwegsystem für Versandverpackungen ist in ProgRess III nicht vorgesehen. Stattdessen setzt die Bundesregierung auf eine Selbstverpflichtung des Versandhandels zur Einführung eines solchen Systems. In Abstimmung mit Paketdiensten sollen die Versandpackungen standardisiert werden, um sie auf möglichst wenige Systeme von Mehrweg-Verpackungen zu begrenzen.

Die ProgRess III-Maßnahme „Kennzeichnung des Anteils von Recyclingkunststoffen“ soll den Recyclinganteil erhöhen. Die Bundesregierung fördert die Forschung an neuen Werkstoffen (u. a. für Verpackungsmaterialien). Ferner sieht der 5-Punkte-Plan für weniger Plastik des Bundesumweltministeriums vor, dass Verpackungen aus Kunststoff umweltfreundlicher gestaltet und Stoffkreisläufe durch ein gutes und hochwertiges Recycling geschlossen werden.

D. Bürgerumfrage

88 % der Bürger*innen aus den Bürgerwerkstätten befürworten ein standardisiertes Mehrwegsystem bei Verpackungen als wirksame Lösung.

7. Rohstoffe umwelt- und sozialverträglich gewinnen

A. Beschreibung des BMU-Maßnahmenvorschlags

In vielen Ländern, aus denen Deutschland seine Rohstoffe bezieht, sind die Arbeitsbedingungen schlecht. Zudem wird die Umwelt erheblich belastet, z. B. durch Landschaftszerstörung beim Bergbau. Deutschland arbeitet hier auf verbindliche Regeln für Mensch und Umwelt (Standards) bei der Rohstoffgewinnung hin. Dabei soll die unternehmerische Verantwortung entlang der gesamten industriellen Wertschöpfungskette gestärkt werden, d. h. von der Gewinnung der Rohstoffe über die Produktion bis hin zum Verkauf des Produktes. Die Standards sollen in bestehende und geplante Handelsabkommen (zwischen einzelnen und mehreren Staaten) und Kooperationen aufgenommen werden. Sie müssen dann von den Unternehmen, die Rohstoffe abbauen, eingehalten werden. Die Bundesregierung unterstützt diese Prozesse.

B. Kernbotschaft des Bürgerfeedbacks

Die Bundesregierung soll sich für internationale (zumindest europaweit) rechtsverbindliche Standards hinsichtlich der umwelt- und sozialverträglichen Gewinnung von Rohstoffen einsetzen. Eine Nichteinhaltung dieser soll zu hohen Strafen (umsatzorientiert) bis hin zu Einfuhrbeschränkungen führen. Unabhängige Grundlagenforschung für geringeren Rohstoffbedarf durch die Entwicklung innovativer Produkte muss gefördert werden. Die Bundesregierung soll diese Themen in das Bildungssystem einfließen lassen.

C. Wissenschaftlicher Abgleich

Die Empfehlungen des Bürgerratschlags in ProgRess III werden nicht berücksichtigt. Weder die Rechtsverbindlichkeit von internationalen Standards für eine umwelt- und sozialverträgliche Gewinnung von Rohstoffen noch die Sanktionierung bei Nichtbeachtung sind im Ressourceneffizienzprogramm enthalten. Auch nimmt ProgRess III keinen Bezug auf die Forderung, das Rohstoffthema über den Themenkomplex „Res-

B. Ergebnisse des Bürgerdialoges

sourcenschonung und Ressourceneffizienz“ hinaus explizit im Bildungssystem zu verankern. Beschränkt auf die Mineralien Zinn, Tantal, Wolfram und Gold (als Erz oder Metall) existiert aktuell die Konfliktmineralien-Verordnung der Europäischen Union. Sie verpflichtet europäische Unternehmen ab 2021 schriftlich darzulegen, dass sie durch den Kauf von Rohstoffen aus Konfliktgebieten nicht zu Menschenrechtsverletzungen oder der Finanzierung von Konflikten beitragen.

D. Bürgerumfrage

Eine deutliche Mehrheit von 63 % glaubt, dass Deutschland rechtsverbindliche Standards für die

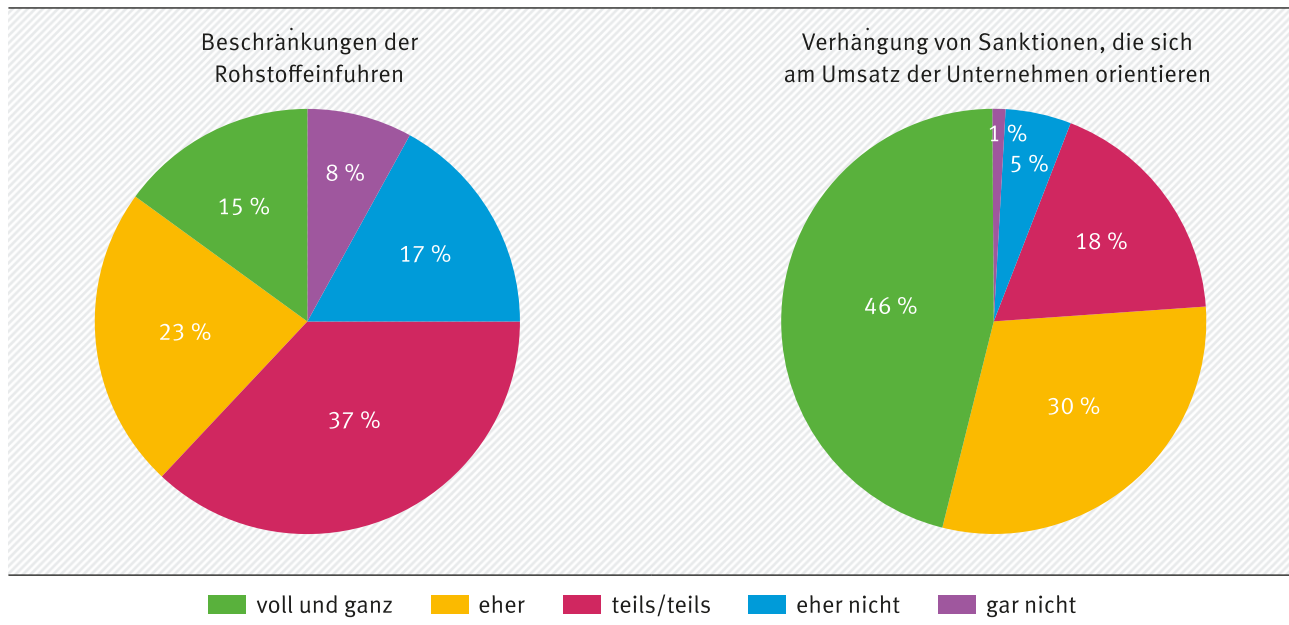
umwelt- und sozialverträgliche Rohstoffgewinnung festlegen kann.

82 % der Bürger*innen erwarten, dass die Überprüfung der Einhaltung von rechtsverbindlichen Standards für die umwelt- und sozialverträgliche Gewinnung von Rohstoffen durch den Staat erfolgt. Nur 38 % sehen diese Aufgabe bei den Unternehmen.

Um die Einhaltung von umwelt- und sozialverträglichen Standards zu erreichen, halten 76 % der Bürger*innen finanzielle Sanktionen für wirksam, die sich am Umsatz der Unternehmen orientieren. In Beschränkungen von Rohstoffeinfuhren sieht nur die Hälfte davon – 38 % – ein wirksames Mittel.

Wirksamkeit der Maßnahmen bei Nichtbefolgen der Regel

Wie wirksam sind folgende Maßnahmen bei Nichtbeachtung der Regel für die umwelt- und sozialverträgliche Gewinnung von Rohstoffen durch Unternehmen?



8. Transparenz entlang der Lieferkette

A. Beschreibung des BMU-Maßnahmenvorschlags

Lieferketten von Unternehmen sind insbesondere bei komplexen Produkten sehr verflochten und unübersichtlich. Oft wissen die Unternehmen am Ende der Lieferkette selbst nicht über die Herkunft aller Rohstoffe und deren Abbaubedingungen Bescheid. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass sich das ändert und Unternehmen mehr Verantwortung für die Rohstoffbeschaffung übernehmen. Allerdings ist der Handlungsspielraum begrenzt, da die Unternehmen, die die Rohstoffe liefern, aus aller Welt kommen. Die Bundesregierung kann über Abkommen mit anderen Ländern Einfluss nehmen. Deutschland erarbeitet gemeinsam mit anderen Ländern der „Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OECD) einen Leitfaden. Er hat das Ziel, Unternehmen zu helfen, Standards für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln entlang ihrer Lieferketten einzuhalten.

B. Kernbotschaft des Bürgerfeedbacks

Wir fordern die Einführung eines einheitlichen, verbindlichen und transparenten Ampelsystems für faire und nachhaltige Wertschöpfung in Kombination mit einer plakativen Visualisierung (vgl. Tabakverpackungen).

Wir fordern Subventionen für nachhaltig arbeitende, regionale Unternehmen und umsatzorientierte Sanktionen für Unternehmen mit umwelt- und sozialschädlicher Wertschöpfungskette.

Diese Regelungen müssen auch auf internationaler Ebene durchgesetzt werden.

C. Wissenschaftlicher Abgleich

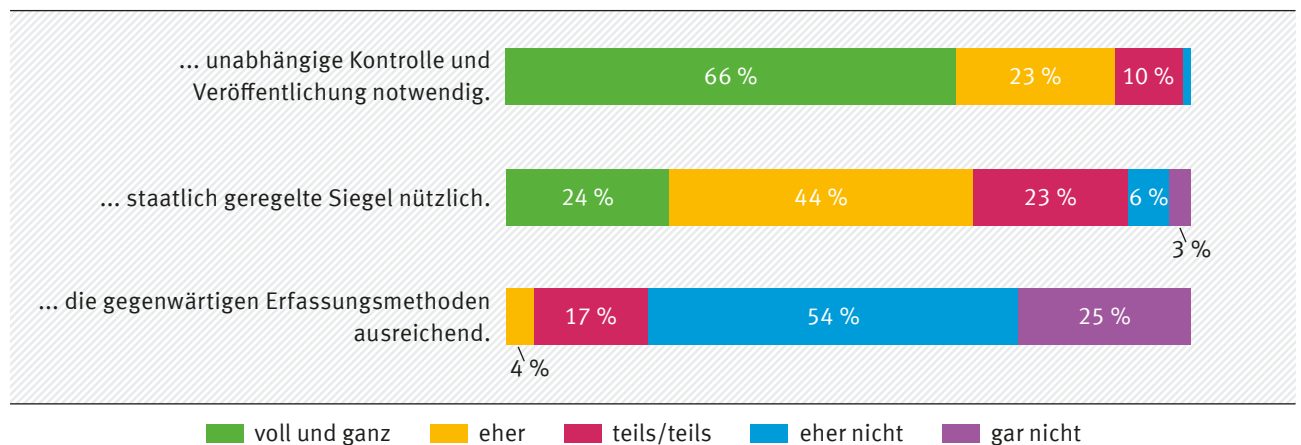
Die Forderungen der Bürger*innen finden sich im Wortlaut nicht in ProgRes wieder. ProgRes III setzt auf den Ansatz der freiwilligen Selbstverpflichtung von Unternehmen anstatt auf eine verbindliche Verpflichtung, wie im Bürgerratschlag gefordert. Sowohl Ampelsystem als auch Subventionen oder Strafen stehen derzeit nicht auf der politischen Agenda. Jenseits von ProgRes existieren Hebel, die Umwelt- und Menschenrechtsstandards in Lieferketten besser zu kontrollieren. Solche Hebel sind z.B. die Richtlinie zur Unternehmensverantwortung der EU (CSR-Richtlinie), die Deutschland umgesetzt hat. Oder Bedingungen, die bei der Vergabe von Bürgschaften oder Krediten des Bundes an Unternehmen gelten. Ob diese im Sinne der Bürgerbotschaften genutzt werden, bleibt abzuwarten. Insbesondere zivilgesellschaftliche Akteure gehen die bisherigen Maßnahmen nicht weit genug. Sie fordern ein verbindliches Lieferkettengesetz.

D. Bürgerumfrage

Nur 4 % halten die gegenwärtigen Erfassungsmethoden für ausreichend. Staatliche Siegel sind für die Transparenz von Lieferketten aus Sicht von 68 % nützlich. 89 % der Bürger*innen sind der Auffassung, dass eine unabhängige Kontrolle und Veröffentlichung von Lieferketten notwendig sind.

Transparenz der Lieferketten

Für die Transparenz der Lieferketten sind ...





9. Bildung für Ressourceneffizienz

A. Beschreibung des BMU-Maßnahmenvorschlags

Viele Menschen wissen nicht, dass die Vorräte auf der Erde endlich sind und bei vielen Rohstoffen bereits zur Neige gehen. Oder es ist ihnen nicht bewusst bzw. sie verdrängen diese Tatsache. Ein nachhaltiger Umgang mit Ressourcen kann nur dann erreicht werden, wenn unsere Wirtschaft sich nicht mehr nur an materiellem sondern auch an qualitativem Wachstum und an der Wohlfahrt orientiert und wenn unsere Gesellschaft insgesamt weniger konsumiert. Wichtig dafür ist die Fähigkeit, die Zusammenhänge eines nachhaltigen Umgangs mit Ressourcen zu verstehen. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass Ressourceneffizienz als Kernkompetenz für verantwortungsbewusstes Handeln in allen Bildungsbereichen verankert wird. Dazu müssen entsprechende Lehrkonzepte für Schulen, Berufsschulen, Hochschulen und in der Weiterbildung entwickelt und flächendeckend umgesetzt werden.

B. Kernbotschaft des Bürgerfeedbacks

Wir fordern, dass die Kultusministerkonferenz (KMK) Ressourceneffizienz und Ökologie als ein gemeinsames Hauptbildungsziel festlegt.

Ein ökologisches Bewusstsein muss grundlegender Bestandteil der Ausbildung des pädagogischen Personals sein.

Bildungseinrichtungen müssen mit ressourceneffizienter Ausstattung und Organisation als Vorbild für Nach-

haltigkeit dienen. Dazu müssen sie ein angemessenes Budget erhalten.

C. Wissenschaftlicher Abgleich

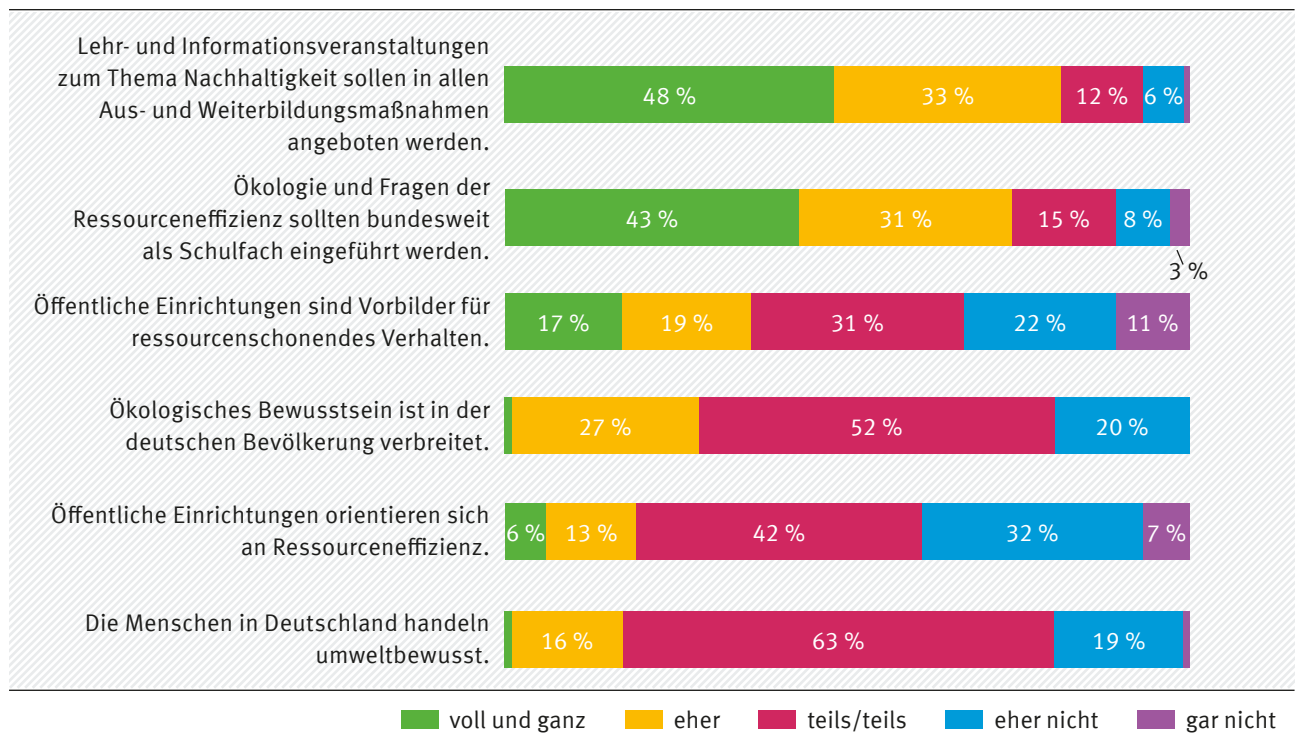
Da Bildungspolitik in die Zuständigkeit der Länder fällt, werden die Forderungen der Bürger*innen in Progress III nicht aufgegriffen. Die Forderungen des Bürgerratschlags lassen sich dem Handlungsfeld Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE) zuordnen, für das die Bundesregierung den „Nationalen Aktionsplan Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung“ (NAP) entwickelt hat. Der NAP BNE deckt alle Bildungsbereiche und informelles Lernen ab. Instrumente existieren also. Es bleibt jedoch offen, inwiefern der BNE-Ansatz Einzug in alle Bildungssysteme hält. Bislang ist es nicht gelungen, das Konzept umzusetzen, weder in der Lehrer*innenausbildung noch in der Schule oder in der beruflichen Bildung.

D. Bürgerumfrage

Eine Minderheit von 28 % der Bürger*innen glaubt, dass ökologisches Bewusstsein in der Bevölkerung verbreitet ist. Nur 17 % nehmen wahr, dass die Menschen in Deutschland umweltbewusst handeln. Daher wollen 81 % Lehr- und Informationsveranstaltungen zum Thema Nachhaltigkeit in allen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen anbieten lassen. Und 74 % wollen ein Schulfach Ökologie und Ressourceneffizienz bundesweit einführen.

Bildung für Ressourceneffizienz

Zustimmung hinsichtlich Bildung für Ressourceneffizienz



10. Nachhaltiges Bauen

A. Beschreibung des BMU-Maßnahmenvorschlags

Das Bauwesen gehört zu den ressourcenintensiven Wirtschaftszweigen. Aufgrund der großen Einsparpotenziale kommt dem Bauwesen eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung von Ressourceneffizienz zu. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass der effiziente Umgang mit Rohstoffen, genau wie der Schutz von Wasser, Luft, Boden und Fläche, als besonders zu berücksichtigende Belange im Baugesetzbuch (BauGB) genannt werden. Außerdem soll bei öffentlichen Bauvorhaben der Einsatz von Recyclingmaterialien gefördert werden.

B. Kernbotschaft des Bürgerfeedbacks

Wir fordern eine Reform des Baurechts zu Gunsten recyclingfähiger, nachhaltiger Baustoffe.

Wir verlangen die Förderung sowie die wirtschaftliche und steuerliche Bevorzugung ressourcenschonender und energieeffizienter Wohn- und Baukonzepte. Beispiele dafür sind u. a. bedarfsorientierte modulare Wohneinheiten sowie Selbstversorgerhäuser und Smart Homes.

Wir appellieren an die Bundesregierung, die Möglichkeit der Einflussnahme von Baulobbyisten zugunsten nachhaltig wirtschaftender Bauindustrie zu verschieben.

C. Wissenschaftlicher Abgleich

Die Forderungen des Bürgerratschlags werden teilweise in ProgRess III berücksichtigt. Da Baurecht in die Zuständigkeit der Länder fällt, hat der Bund hier wenig rechtliche Kompetenzen. Durch den Leitfaden „Nachhaltiges Bauen“, der für den Neubau und die Sa-

nierung von Bundesbauten gültig ist und zunehmend auch auf Länder- und kommunaler Ebene Anwendung findet, erfüllt der Bund seine Vorbildfunktion. Da der Bereich Ressourceneffizienz hier bisher noch nicht ausreichend berücksichtigt ist, wird in ProgRess III angekündigt, das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen entsprechend weiterzuentwickeln. Die unter der Anwendung des Leitfadens entstandenen Bundesbauten stellen Pilotprojekte dar, die zeigen, dass ökologische mit wirtschaftlichen Anforderungen im Baubereich vereinbar sind.

Die Forderung der Bürger*innen zur Energieeffizienz wird durch die Energieeinsparverordnung (EnEV) erfüllt, die den Energiestandard von Neubauten sowie Maßnahmen im Bestand vorschreibt. Dagegen ist der Einsatz recycelter Baustoffe bisher noch nicht verbindlich geregelt. Die rechtliche Grundlage ist zwar vorhanden, um bei öffentlichen Vergaben Recyclingbaustoffe Primärrohstoffen gleichzustellen oder sogar zu bevorzugen. Allerdings wird diese in der Praxis noch wenig genutzt. Die Bundesregierung will hier den Dialog zwischen Ländern und Kommunen unterstützen, um hier eine umfassende Änderung der Ausschreibungspraxis zugunsten von Recyclingbaustoffen zu bewirken.

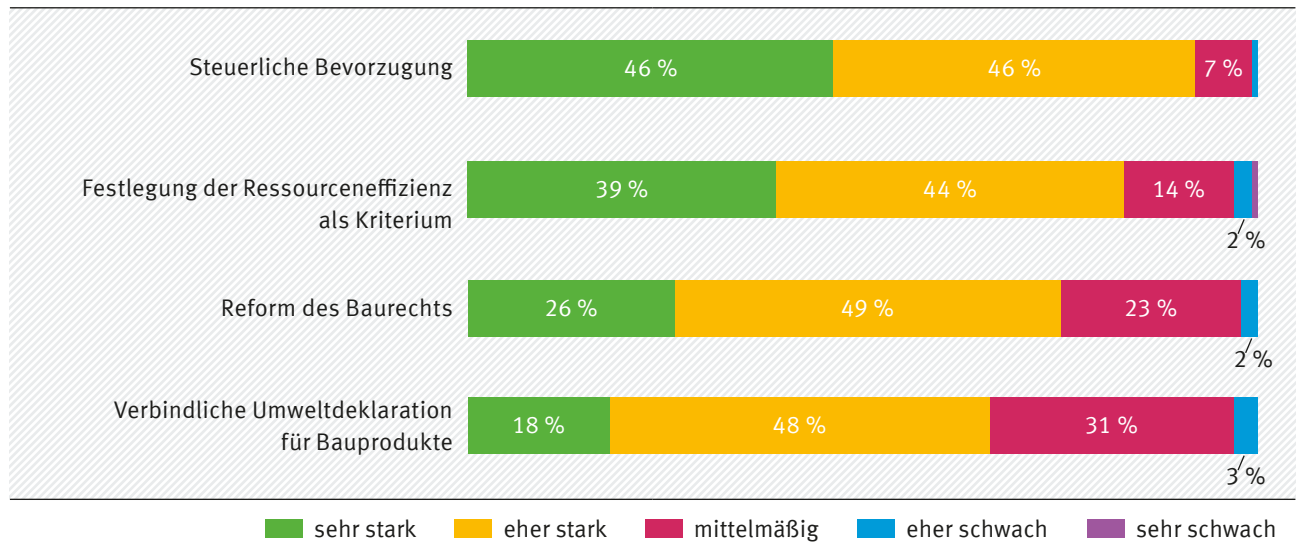
Die von den Bürger*innen geforderte Begrenzung des Lobbyeinflusses der Bauindustrie wurde nicht berücksichtigt.

D. Bürgerumfrage

Die steuerliche Bevorzugung zugunsten von nachhaltigem Bauen betrachten 92 % der Bürger*innen als wirksame Maßnahmen. 83 % halten die Einführung des Kriteriums Ressourceneffizienz für nachhaltiges Bauen ebenfalls für wirksam. 75 % sehen in einer Reform des Baurechts eine wirksame Maßnahme und 66 % setzen auf eine verbindliche Umweltdeklaration für Bauprodukte.

Nachhaltiges Bauen

Für wie wirksam halten Sie folgende Maßnahmen für nachhaltiges Bauen?



11. Green Finance

A. Beschreibung des BMU-Maßnahmenvorschlags

Die Europäische Kommission plant ein „Green Finance Ecolabel“. Damit sollen „grüne“ Investitionen (z. B. ökologische Geldanlagen) und Projekte auch von Privatpersonen gefördert werden. Die Bundesregierung setzt sich bei der EU-Kommission dafür ein, dass bei diesem Label auch Aspekte einer verantwortungsvollen Rohstoffgewinnung und einer ressourceneffizienten Produktion einbezogen werden. Das Label soll z. B. Fonds auszeichnen, die ausschließlich Unternehmen führen, die einen verantwortungsvollen Rohstoffabbau garantieren und Umwelt- und Sozialstandards beim Abbau einhalten.

B. Kernbotschaft des Bürgerfeedbacks

Nachhaltige Investments sollen z. B. durch staatlich garantierte Einlagensicherung und steuerliche Vorteile gefördert werden.

Für eine transparente Zertifizierung empfehlen wir ein europäisches Ökolabel für nachhaltige Investitionen, ähnlich einer „Lebensmittellampel“.

Weil Wissen zu Ressourcenthemen eine wichtige Basis für nachhaltigkeitsorientierte Investitionsentscheidungen ist, fordern wir, Bildungsinhalte zu Finanzfragen/Green Finance an Schulen und Hochschulen zu etablieren.

C. Wissenschaftlicher Abgleich

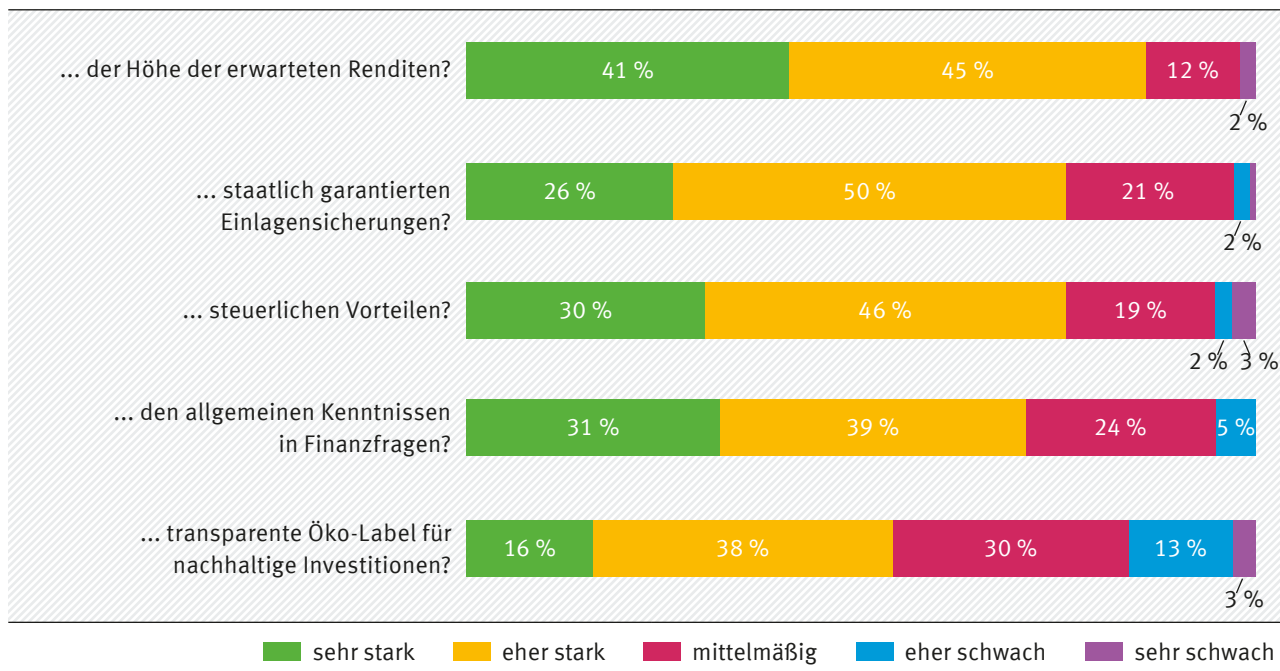
Das Ressourcenschutzprogramm ProgRes III berücksichtigt weder die Einführung einer staatlichen Einlagensicherung noch geht es auf die Verankerung von Bildungsinhalten zu Green Finance an Schulen und Hochschulen im Einzelnen ein. Die Bundesregierung ist jedoch an den Beratungen zu Green Finance, beispielsweise auf Ministerebene im Rahmen des European Sustainable Finance Summit, aktiv beteiligt. Ziel ist die Entwicklung eines europaweiten Ökosiegels für nachhaltige Investitionen voranzubringen. Dennoch: Inwiefern nachhaltiges Investment dadurch die Öko-Nische verlässt, bleibt offen. Bislang sind es vor allem institutionelle Investoren, die ihr Geld nachhaltig anlegen.

D. Bürger-Online-Umfrage

Eine knappe Mehrheit von 54 % der Bürger*innen erwartet eine höhere Investitionsbereitschaft, wenn ein transparentes Öko-Label eingeführt wird. Entscheidend bleibt für 86 % die Höhe der Rendite. Jeweils 76 % sind der Auffassung, dass eine staatliche Einlagensicherung oder eine steuerliche Förderung für Green Investments die Anlagebereitschaft erhöht. Aus Sicht von 70 % hängt die Investitionsbereitschaft von allgemeinen Kenntnissen in Finanzfragen ab.

Green Finance

Wie stark hängt Ihrer Meinung nach die Bereitschaft, nachhaltige Investment zu tätigen, ab von ...



12. Öffentliche Beschaffung

A. Beschreibung des BMU-Maßnahmenvorschlags

Die Einkäufe öffentlicher Verwaltungen können den Markt für umweltfreundliche und ressourcenschonende Produkte stärken. Anforderung an die Ressourceneffizienz sollen bei der öffentlichen Beschaffung mittels einer rechtsverbindlichen Ausgestaltung des Vergaberechts stärker beachtet werden. Unter anderem sollen Behörden künftig beim Einkauf das nationale Umweltzeichen Blauer Engel bzw. die Vergabekriterien des Blauen Engels berücksichtigen müssen. Zusätzlich sollen öffentliche Verwaltungen prüfen, ob ausgesonderte Vermögensgegenstände, wie z. B. Büromöbel oder technische Geräte weiter genutzt werden können. Dafür soll eine Tauschplattform für Gebrauchsgüter zwischen den Behörden aller Ebenen (Bund, Länder, Kommunen) eingeführt werden.

B. Kernbotschaft des Bürgerfeedbacks

Die öffentliche Beschaffung muss nachhaltiger werden. Hierfür soll der Blaue Engel als Mindeststandard in Ausschreibungen festgelegt werden. Der Blaue Engel soll um das Kriterium Ressourceneffizienz weiterentwickelt werden.

Es soll eine Tauschplattform für nutzbare Gebrauchsgüter eingerichtet werden. Öffentliche Einrichtungen müssen verpflichtet sein, diese Plattform zu nutzen. Ergänzend können gemeinnützige Organisationen, Unternehmen oder Privatpersonen die Plattform nutzen, falls die Produkte in den öffentlichen Einrichtungen nicht benötigt werden.

C. Wissenschaftlicher Abgleich

Die Bundesregierung geht auf einige Forderungen des Bürgerratsschlags zur öffentlichen Beschaffung ein. Der Blaue Engel soll in der öffentlichen Beschaffung stärker berücksichtigt werden. Auch wird geprüft, ob ressourceneffiziente Produkte von öffentlichen Stellen bevorzugt beschafft werden müssen. Hier bietet der „Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie der Europäischen Union“, der im Februar 2020 veröffentlicht wurde, ein Vorbild. Er sieht vor, die Pflichten der öffentlichen Hand von einer „Prüfpflicht“ zu einer „konditionierten Bevorzugungspflicht“ weiterzuentwickeln. Dies bedeutet, dass die öffentliche Hand bei der Vergabe von Aufträgen verpflichtet wird, „Erzeugnisse zu bevorzugen, die in besonderer Weise den Zielen der Kreislaufwirtschaft dienen und unter umwelt-, ressourcenschutz- und



abfallrechtlich relevanten Aspekten besonders vorteilhaft sind“. Bei unzumutbaren wirtschaftlichen Mehrkosten lässt diese Regelung jedoch Ausnahmen zu. Die Einführung einer Tauschplattform für das öffentliche Beschaffungswesen soll geprüft werden. Eine Verpflichtung ist nicht geplant.

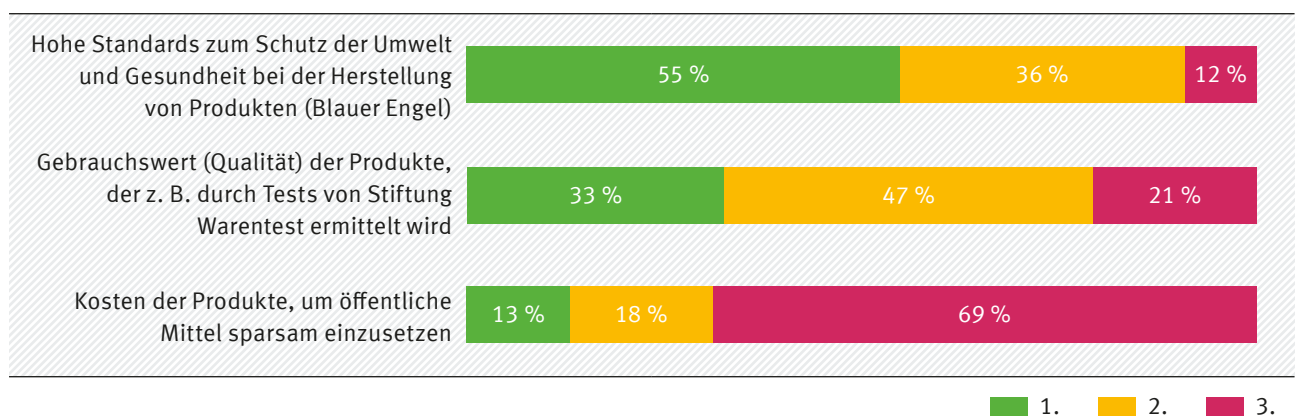
D. Bürgerumfrage

Bei der Frage nach Entscheidungskriterien für die öffentliche Beschaffung setzen 55 % der Bürger*innen hohe Umwelt – und Gesundheitsstandards (z. B. Blauer Engel) auf Platz 1. Für 33 % steht der Gebrauchswert der Produkte, der durch Tests wie von Stiftung Waren-

test ermittelt wird, ganz oben. Eine Minderheit von 13 % sieht in den Kosten das entscheidende Kriterium, um sparsam mit öffentlichen Mitteln umzugehen. 71 % der Bürger*innen teilen die Einschätzung, dass Tauschplattformen für Gebrauchte einen wesentlichen Beitrag zur Ressourceneffizienz der öffentlichen Beschaffung leisten können. Für 67 % setzt das eine Festlegung von Umfang und Dauer der Gewährleistung voraus. 47 % sehen in einer aufwändigen Sammlung, Verwahrung und Verwaltung von gebrauchten Produkten ein Hindernis für wirksame Tauschplattformen.


Öffentliche Beschaffung

Bitte bringen Sie folgende Entscheidungskriterien bei öffentlichen Beschaffungen nach Wichtigkeit in eine Reihenfolge!





► **Unsere Broschüren als Download**
Kurzlink: bit.ly/2dowYYI

 www.facebook.com/umweltbundesamt.de
 www.twitter.com/umweltbundesamt
 www.youtube.com/user/umweltbundesamt
 www.instagram.com/umweltbundesamt/